

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingefandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 226

Mittwoch, 28. September

1921

Vom Landtage.

Präsident Fröhbert gebachte zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtags vor Eintritt in die Tagesordnung des schweren Angelegenheit in Cppau mit Worten wärmster Anteilnahme der sächsischen Volksvertretung und des sächsischen Volkes. Das Haus erhob sich zum Zeichen der Trauer. Der Präsident wird aus dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einen angemessenen Betrag für die Opfer spenden. Weiter beantragte vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. Ziewert (komm.) zur Geschäftsordnung für Dienstag den 4. eventuell Mittwoch den 5. Oktober eine weitere Sitzung des Landtags anzuberaumen und die von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträge zur politischen Lage auf die Tagesordnung zu setzen, dazu einen neuen Antrag dieser Fraktion, zur Linderung des Cppauer Hungers 250 000 M. Staatsmittel dem Hilfskomitee zu überweisen und weitere 250 000 M. zur Linderung der Hungersnot in Russland zur Verfügung zu stellen. Präsident Fröhbert hielt die Behandlung der Anträge für nicht so dringend, er nahm vielmehr des letzteren, da sämtliche Gegenstände bereits im Reichstage behandelt werden. Trotzdem fand der Antrag Ziewert gegen die Stimmen der Bürgerlichen Mehrheit. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetragen und nach kurzer Aussprache die Grundsteuer nach der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen mit Mehrheit angenommen. Sämtliche, insbesondere die bürgerlichen, Minderheitsanträge wurden abgelehnt. Bei Schluß der Session trat man in die Beratung der Wehrdienstvorlage ein.

Das vorläufige Untersuchungsergebnis über das tödliche Unglück des Bauarbeiters Garreis.

(N.) Am 2. September war im Verlaufe einer Handgemenge in der Reformerschule in Chemnitz der Bauarbeiter Garreis durch einen Pistolenschuß tödlich verletzt worden. Es hat sich das Geschehen der Stadt Chemnitz zu umfassenden Untersuchungen veranlaßt, deren vorläufiges Ergebnis nunmehr mitgeteilt werden kann. Von den in einer Seandfeier versammelten Akademikern wurde eine eine geladene Pistole bei sich, die übrigen waren unbewaffnet. Der Schuß ist erfolgt, nachdem die Pistole ihrem Besitzer abgenommen worden war. Ein weiterer Schuß ist nicht abgegeben worden. Der Schuß kam dadurch zur Entladung, daß derjenige, der nach dem Akademiker die Pistole in der Hand hatte, bei dem sich entwickelnden Handgemenge ohne zu wissen, daß die Pistole geladen war, mit der Hand, in der er die Waffe hielt, sei es zugegriffen, sei es abgewehrt hat und dabei die Pistole zum Abfeuern brachte. Garreis wurde also allem Anschein nach zufällig von der Kugel getroffen.

Industrie und Reparationsverpflichtungen.

Berlin, 27. September. Gestern traten auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichshaus zu sammen, um die Möglichkeiten einer Unterstützung der von Industrie und Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Die Erörterung hatte den Charakter einer Vorbesprechung und wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen gesetzt haben.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

New York, 26. September. Wie aus Washington gemeldet wird, empfahl der Senator Lodge im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten dringend die Ratifizierung des deutschen Friedensvertrages und sagte: Der Vertrag behalte alle Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Versailles-Vertrage in bestimmterer Form vor als die Resolution Knox, da es den Vereinigten Staaten durchaus freistünde, jede beliebige Verpflichtung

Ein neues tschecho-slowakisches Kabinett.

Der Ministerwechsel.

Prag, 26. September. Der Präsident der Republik hat durch Bekanntmachung vom 26. d. M. das gesamte bisherige Ministerium seines Amtes enthoben und ein neues Ministerium ernannt, in dem der frühere Minister des Äußeren Dr. Beneš den Vorsitz führt.

Die Ministerliste.

Prag, 26. September. Das neue tschecho-slowakische Ministerium besteht aus folgenden Mitgliedern: Ministerpräsident und Außenminister: Dr. Beneš; Innenminister: Cerny; Ackerbau: Stancl; Handel: Ingenieur Kovat (Nationaldemokrat); Eisenbahn: Cramel; Unisification: Dr. Derez (slowakischer Nationaldemokrat); Justiz: Dolansky (Klerikal); Unterricht: Grobar (slowakischer Agrarier); Soziale Fürsorge: Habermann (Sozialdemokrat); Gesundheitswesen: Bzenzky (Nationalsozialist); Öffentliche Arbeiten: Tucek (Nationalsozialist); Post: Erba (Nationaldemokrat), dem zugleich auch das zur Auflösung bestimmte Ernährungsministerium übertragen wurde; Landesverteidigung: Udrjal (Agrarier); Finanzen: Präsident des Bankamtes Kovat; Minister für die Slowakei: Ricura.

Die Neubildung des Reichskabinetts.

Berlin, 27. September. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern nachmittags mit dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann eine Besprechung über die Frage der Neubildung des Kabinetts im Reich. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, sind gestern auch die Führer der Zentrumsfraktion beim Reichskanzler erschienen, um die allgemeine politische Lage zu erörtern. Die Sozialdemokraten folgten heute. Über die Aussichten einer Kabinettsumbildung äußert sich der „Vor-

aus dem Versailles-Vertrage übernehmen zu können. Es könne als wünschenswert gelten, daß Amerika in der Reparationskommission vertreten sei, wo so viel auf dem Spiele stehe, was das amerikanische Geschäft und die wirtschaftliche Wohlfahrt Amerikas betreue. Ich glaube nicht, sagte Lodge, daß ein solches Bündnis angelegt wird. Ich glaube nicht, daß irgendeine moralische Verpflichtung besteht, amerikanische Truppen am Rhein zu halten. Ich bin sicher, daß dazu keine geeignete Verpflichtung vorhanden ist. Lodge verlas darauf einen Brief des Präsidenten Harding, in dem zu schnellem Handeln aufgefordert wird.

Das Ultimatum der Verbündeten an Ungarn.

London, 26. September. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist das Ultimatum der Verbündeten an Ungarn nunmehr in Budapest überreicht worden. Die tschecho-slowakische Regierung steht in aufrichtigem Einvernehmen mit den Verbündeten ihre Bemühungen fort, die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Rußland und die Note Lord Curzons.

London, 26. September. Nach einer Reutersmeldung erklärte das Mitglied der russischen Handelsdelegation Derzin in seiner Antwort auf die vor kurzem übergebene Note Lord Curzons, daß die russische Regierung überzeugt sei, daß Lord Curzons Anschuldigungen grundlos seien. Sie habe aber von neuem Untersuchungen angeordnet, um die Anschuldigungen im einzelnen zu widerlegen. Curzon und das britische auswärtige Amt seien Opfer solcher Berichte geworden, die von russischen Weisagern ausgeteilt wurden. Derzin wies darauf hin, daß viele Behauptungen Curzons selbst der oberflächlichsten Prüfung nicht standhielten und sprach die Hoffnung aus, daß es der Sowjetregierung gelingen werde, durch vollständige Aufklärung die britische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Behauptungen auf unzuverlässigen Berichten beruhten.

wärts“ nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Das Blatt schreibt: Ob eine Verbreiterung der Basis zustande kommt, ist noch ganz ungewiß. Auf einen Krieg gegen Dr. Brüning lassen wir uns nicht ein. Eine Verbreiterung der Basis kommt nur dann in Frage, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Brüning dadurch gebürt, nicht aber geschwächt und nach rechts abgelenkt wird.

Der Sturz der Mark.

London, 27. September. Der harte Sturz der Mark an der gestrigen Börse findet in der Presse besondere Beachtung. „Daily Mail“ berichtet, daß eine internationale Konferenz über Geldfragen, die vom Verbaude gesunde Währung organisiert werde, anfangs Dezember in London stattfinden werde, um ein Programm der Maßnahmen zu entwerfen, die nötig seien, um die Währung der verschiedenen Länder in Deutschland wieder herzustellen.

Die irische Frage.

London, 26. September. „Evening News“ meldet, daß die Antwort der britischen Regierung an de Valera am Mittwoch abgefaßt wurde. Das Schreiben stelle unbedingt das letzte Wort der Regierung dar. Entweder müsse daraus eine Konferenz oder neue Gewaltanwendung folgen. Die Einsprüche werden in der Antwortnote aufgeführt, Vertreter zu einer Konferenz mit der Regierung, die am 4. Oktober in London stattfinden soll, zu entsenden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 26. September. Nach einer aus türkischer Quelle stammenden Meldung aus Kleinasien soll die große Schlacht bei Eskişehir zugunsten der Türken verlaufen sein. Die Kemalisten sollen diese Stadt besetzt haben.

Befehle der Höchsten Farbwerke.

Höchst, 26. September. Die Höchster Farbwerke wurden am Sonntag von der Arbeiterschaft besetzt. Angestellte und Beamte, die Montag früh zur Arbeit erschienen, wurden am Betreten des Werkes von den Arbeitern gehindert. Die Ruhe ist jedoch nirgends gebürt. Zum Werk gehörige lebenswichtige Betriebe werden von den Arbeitern aufrechterhalten. Der französische Kreisbesetzte erlebte einen Aufruhr an die Arbeiterschaft, daß er sich in den Streit zwischen der Direktion und den Arbeitern nicht einmischen wolle. Er ersuchte die Arbeiterschaft, jeden Gewaltakt zu vermeiden.

Die albanische Frage.

London, 27. September. Laut „Daily Telegraph“ ist ein Abkommen zwischen Großbritannien und Italien in der albanischen Frage erzielt worden. Dem Blatte zufolge ist die Hoffnung berechtigt, daß das Abkommen der erste Schritt zum Abschluß einer allgemeinen Entente zwischen Großbritannien und Italien sei.

Unruhen in Belfast.

Belfast, 26. September. Die Stadt war während des Wochenendes wiederholt der Schauplatz mehrerer Unruhen, die vier Tote und 50 Verletzte als Opfer forderten. Heute fand eine neue Schießerei statt. Eine Bombe wurde auf einer Straße gemorfen, auf der zahlreiche Kinder spielten. Fünf Kinder wurden verunglückt. In Belfast trafen zur Aufrechterhaltung der Ordnung weitere Truppen und Panzerwagen ein.

Ein schweizerischer Kredit für Rumänien.

Bern, 26. September. Zwischen der schweizerischen und rumänischen Regierung wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Schweiz Rumänien einen Kredit auf 40 Mill. Schweizer Franken eröffnet, der durch Getreidelieferungen zurückzahlen ist, die in den nächsten Monaten beginnen und spätestens im Sommer 1923 beendet sein sollen.

Die Umstellung der Landespolizei.

Von Rich. Lipinski.

(N.) In den letzten Wochen sind in der Presse erfundene, umgebogene und wesentlich unwahre Notizen über die Landespolizei veröffentlicht worden, die es geboten erscheinen lassen, grundsätzlich die Umstellung der Landespolizei darzulegen.

Die Landespolizei wurde mit Zustimmung der Volkstammer und der Reichsregierung zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Verfassung aufgestellt. Sie wurde militärisch aufgezogen, ein General zum Leiter bestellt, und ihr wurden, auf Beschluß der Volkstammer, um einen Rißbrauch der Polizei zu hindern, Regierungskommissare beigegeben.

Die Entente sah aber in der aufgestellten, zum großen Teile kasernierten Polizei die Umgehung des Friedensvertrages und verlangte, daß die Landespolizei nicht general militärisch organisiert werden dürfe, sondern örtlich gebunden der zivilen Gewalt unterstellt werden müsse. Deshalb wurde die Landespolizei den Kreisbauernschaften unterstellt. Auch diese Anordnung genügt der Entente nicht, und so blieb nichts anderes übrig, als die Landespolizei örtlich zu binden. Tiefem Vorhaben fand aber § 101 der revidierten Städteordnung entgegen, der das Polizeirecht des Staates den Stadträten übertrug. Dieser Rechtszustand mußte zuvor verändert werden, und so entstand das vom Landtag beschlossene Gesetz über Änderungen im Polizeiwesen vom 27. Juni 1921.

Das Gesetz sieht die Verstaatlichung der Kriminalpolizei vor und erstrebt die Verstaatlichung der örtlichen Polizei, jedoch grüne (Landespolizei) und blaue Polizei örtlich unter einen Befehl, den Polizeidirektor oder Polizeipräsidenten, gestellt werden kann. Im Laufe der Verhandlungen ergab sich aber, daß die Verstaatlichung der blauen Polizei für das ganze Land unmöglich ist, weil in kleineren Orten die Polizeibeamten auch zu anderen als Sicherheitsdiensten herangezogen werden und sie, falls sie verstaatlicht würden, durch andere Beamte ersetzt werden müßten, was höhere Verwaltungskosten als unabwehrbare Folge nach sich zog. In den größeren Städten ist die Polizei wieder mit verschiedenen Einzelaufgaben betraut, Sitten-, Wohlfahrts-, Karttpolizei usw., die mit dem eigentlichen Sicherheitsdienst nichts zu tun haben. Der Vertrag der bisherigen Verhandlungen ist, daß nur die blaue Sicherheitspolizei der großen Städte verstaatlicht werden soll und in diesen Städten die grüne Landespolizei den Polizeidirektoren oder -präsidenten unterstellt werden wird.

Die Durchführung des Gesetzes vom 27. Juni 1921 bringt es mit sich, daß das Landespolizeiamt an Bedeutung verliert und zur reinen Verwaltung- und Versorgungsbehörde herabsinkt. Dieser Veränderung trat der Landtag bereits Rechnung. Im Beamtenabstufungsgesetz wurde in Gruppe B 3 die Position „General der Landespolizei“ gestrichen und dafür in Gruppe XIII eine Position „Chef der Landespolizei“ eingefügt. Damit brachte der Landtag zum Ausdruck, daß er die militärische Spitze der Landespolizei nicht machte. Die materielle Auswirkung des Beschlusses war, daß das Grundgehalt des Leiters der Landespolizei von 23 000 auf 20 000 M. herabgesetzt wurde. Nachdem der General Reichardt von seinem Posten aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist, andere Gründe hat der General in seinem Abschiedsgesuch auch nicht angegeben, bestand im Ministerium des Innern Übereinstimmung, daß zum Leiter der Landespolizei kein Militär, sondern nur ein zuverlässiger, tüchtiger Verwaltungsbeamter genommen werden darf. Dies ist notwendig, um eine schnelle und leichte Ueberlegung der Dienstgeschäfte herbeizuführen und die Landespolizei im gesetzlich richtigen Verhältnis zum Ministerium des Innern zu bringen. Der Posten ist noch unbesetzt. Alle Kombinationen hierüber sind möglich.

Wird das Ministerium des Innern die Landespolizei ihres militärischen Charakters entkleiden und polizeitechnisch einrichten, so müssen an die entscheidenden Dienststellen auch Beamte gestellt werden, welche die Polizeiarbeit betreiben. Unter diesem Gesichtswinkel erfolgte die Erörterung des Dr. P. M. Brand: zum Major

und zum Leiter des Referats der Landespolizei bei der Kreisbauernschaft Dresden.

Unter den Offizieren im Major- und höheren Range befinden sich nur zwei polizeilich ausgebildete Beamte, die Major Waißes und Oberstleutnant Major Waißes in Referat für das Unterrichtsweien bei der Landespolizei und wird auf diesem Posten gebraucht. So blieb nur Major Brandt als Polizeifachmann für den Referat übrig. Major Brandt war seit 1896 im Polizeidienst, während des Krieges Leiter eines Batallions, hat sich polizei- und militärisch bewährt und ist deshalb für das Amt der geeignete Mann. Wichtig ist, daß Major Brandt einige Monate im Deshaller Überlingen hat, aber bei der Besetzung des Referats, wie überhaupt für leitende Stellen kann nie das Dienstalter, sondern nur die Befähigung und Zuverlässigkeit für das Amt in Betracht kommen. So ist es immer gehalten worden.

Die Behauptung, daß Major Brandt deshalb den Posten erhalten hat, weil er mit politisch nahestehenden, ist erfinden. Wie ist von ihm nur bekannt, daß er sich uneingeschränkt auf den Boden der republikanischen Verfassung gestellt hat.

Ebenso erfinden ist, daß Major der Gendarmarie Müller-Brandenburg von mir zum Posten ernannt worden sei und die Ernennung auf Einpruch der Reichsregierung wieder rückgängig gemacht worden ist. Auf das Einstellungsgebot ist überhaupt noch keine Entscheidung gefällt worden, folglich konnte auch kein Einpruch erfolgen.

Die Landespolizei hat die republikanische Staatsform zu schützen, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, sich aber in Lokalkämpfe und in den politischen Tageskampf nicht einzumischen. Sie dient dem ganzen Volke und führt weder gegen einzelne Volksteile noch gegen das Volk Krieg, sondern hat das Volk vor Gewalttätigkeiten und Gefährdung der Sicherheit zu schützen.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Landespolizei auch für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzusetzen werden muß, wenn diese gefährdet wird. Die Schwierigkeit liegt in der Entscheidung, wann der Einsatz erfolgen soll. Diese Entscheidung erfordert aber Einsicht in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, und es muß in jedem einzelnen Falle das Für und Wider sorgfältig abgemessen werden, insbesondere auch, ob durch Einwirken auf erregte Volksmassen nicht die Störung der Ordnung vermieden oder beiläufig werden kann. Ehe es zu einem Straßenkampf kommt, muß alles versucht werden, ihn durch Einsatz anderer Mittel überflüssig zu machen.

Diese Aufgabe ist den Kommissaren der Landespolizei zugewiesen. Es muß festgestellt werden, daß die Kommissare, mit den politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut, durch ihr Ansehen, das sie bei der Arbeiterschaft genießen, sehr viel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung beitragen können, manchen Kampf, manche Demonstration überflüssig gemacht oder sie in friedliche Bahnen gelenkt haben. Ihrer Arbeit danken wir mit, daß in Sachsen die Ruhe und Ordnung nicht wesentlich gefährdet worden ist, während sie in anderen Teilen des Reiches fast erschüttert wurde. Wenn behauptet wird, daß die Kommissare die Kommandogewalt der Offiziere einschränken, so kann das nur der behaupten, der ihre Tätigkeit nicht kennt oder am Kampf um des Kampfes willen Gefallen findet.

Im demokratischen Staate muß das Volk für die Gemeinschaftsarbeit gewonnen werden; das

kann nur durch Stärkung des Vertrauens im Volke gesichert werden, und dies Vertrauen kann nur entstehen, wenn die Regierung auch dem Einzelnen sein Recht widerfahren läßt. So hat das Ministerium des Innern auch in Beschlüssen und Handlungen, die durch die Beschlüsse der Vertrauens erschüttert, besonnen sich damit zum Heil der Republik.

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

New York, 26. September. Der Pariser Botschafter der „Associated Press“ meldet: Die amtlichen französischen Kreise sind sehr beunruhigt über die Berichte aus Washington, wonach die amerikanischen Truppen am Rhein nach der Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages zurückgezogen werden. Das Ministerium des Innern hat keine Genehmigung darüber erhalten; aber der französische Botschafter in Washington, Jufferand, wurde angewiesen, die Entwicklung der Dinge genau zu verfolgen und im geeigneten Augenblick darauf hinzuwirken, daß Frankreich die Zurückziehung der amerikanischen Truppen tief bedauern würde, da die französische Regierung die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte am Rhein als Grund der alliierten Solidarität und als große Hilfe bei der Durchführung des Versailler Friedensvertrages ansieht.

Die abzuliefernden Rheinschiffe.

Essen, 26. September. Die jetzt veröffentlichte Liste der an Frankreich auf Grund des Friedensvertrages abzuliefernden Rheinschiffe umfaßt 133 Röhne und 60 Schleppboote. Die Hälfte der abzuliefernden Schiffe fährt bereits für Rechnung der fünf neu errichteten französischen Reedereigesellschaften.

„Das unsichtbare Heer“.

Berlin, 26. September. Der von einer Berliner Mittagszeitung gebrachte Hinweis auf einen Aufsatz der „Times“ „Das unsichtbare Heer“ bringt eine phantastische gänzlich unzutreffende Darstellung über angeblich in Deutschland vorhandene ungeheure militärische Kräfte. Der genaue Wortlaut muß abgewartet werden. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die sämtlichen wiedergegebenen Behauptungen frei erfunden sind und in schärfstem Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen.

Die Wasserversorgung Oberschlesiens.

Breslau, 27. September. Eine Kommission des Reichsbundes der besetzten unter Führung von Mitgliedern der verbandelten Kommission des Wasserwerks Jamaba und holte über die Wasserversorgung Oberschlesiens Informationen ein. Die oberste Kommission der Reichsbundes hat telegraphisch je einen polnischen und deutschen Gewerkschaftler nach Genf beordert. Die beiden Vertreter sind gestern bereits dorthin abgereist. Sie werden eine deutsche und eine polnische Denkschrift überreichen.

Bayern und Reich.

München, 26. September. Amlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß des Reichspräsidenten vom 29. v. M. und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittag Gegenstand von

Verhandlungen im Reichsausschuß des Landtags sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtags nicht vorzugreifen, ist bisher von der Veröffentlichung des Wortlauts der Abmachungen abgesehen worden. Obenstehendes ist durch eine Indiskretion eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den letztgetroffenen Vereinbarungen das Reichsministerium des Innern selbständig eine Verfügung erlassen könne und der Landesbehörde nur das Recht der Beschwerde an den Reichsausschuß zustehe. Das ist falsch. Im Gegenteil ist tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlaß von Verboten hat. Der Reichsminister des Innern hat nur das Recht, an die Landeszentralbehörde das Erlaß von den Erlaß von Verboten und Beschlüssen zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, einem solchen Erlaß nicht Folge leisten zu können, dann tritt die schiedsrichterliche Entscheidung der föderativen Instanz des Reichsausschusses ein.

Vertrauensfundgebung für Zahnbrecher.

München, 26. September. Die Vertrauensmänner der Bayerischen Volkspartei im Wahlkreis Traunstein sprachen dem aus der Partei ausgeschlossenen Abg. Zahnbrecher einstimmig ihr Vertrauen aus und forderten ein Parteischiedsgericht mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Der mitteldeutsche Aufstand im Untersuchungsausschuß.

Berlin, 26. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages nahm heute seine vor einigen Wochen wegen des Sörliger Parteitag unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Das Angeklagtenratmitglied Kneip aus Leuna behandelte, ein Kampf um das Leunawerk sei dem Angestelltenrat von vornherein als aussichtslos erschienen, da die Bemahnung der Arbeiter durch aus unzureichend war. Die Einnahme des Werkes durch die Schutzpolizei sei denn auch fast ohne Gegenwehr erfolgt. Die Postenarbeiter wurden freilich aufrechterhalten. Erschütterungen nach der Einnahme habe er nicht beobachtet. Der Zeuge Morgenstern, der vor dem Aufstand und während des Aufstandes Betriebsrat bei der Mansfelder Gewerkschaft war, betonte ferner, daß im Januar und Februar die Diebstähle zunahm. Infolgedessen wurde ein Werkschutzeidenschaft organisiert. Der Lohn war sehr gering. Erschütterungen durch die Schutzpolizei habe er nicht beobachtet, wohl aber Mißhandlungen. Der nächste Zeuge Generaldirektor Reinhold von derselben Gewerkschaft kam als Erfolg für den beim Kapp-Putsch erschossenen Generaldirektor aus Weiskalen. Er war entsetzt über den gewaltigen Umfang der Diebstähle. Die Löhne seien vielleicht etwas niedriger gewesen als in der umliegenden blühenden Industrie. Er sei der Ansicht, daß heute noch zahllose Waffen im Mansfelder Werk vorhanden seien.

Generalstreik in Duxum.

Berlin, 27. September. Nach einer Meldung aus Duxum ist dort der Generalstreik ausgedehnt. Er hat sich auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt. Sabotageversuche am Wasserwerk wurden rechtzeitig verhindert. Der Eisenbahnerverband, der sich mit den unabhängigen solidarisch erklärte, droht, ebenfalls in den allgemeinen Aufstand zu treten.

Färberaufstand im Geraer Bezirk.

Gera, 26. September. Nachdem am 20. September in Gera, Kreis Reichenbach und Reichardt insgesamt etwa 1000 Färberarbeiter in den Auslands getreten sind, hat die Arbeitergemeinschaft der Webereien und Färbereien einstimmig beschlossen, am Donnerstag, den 29. d. M., alle Webereiarbeiter auszulockern, wenn bis Mittwoch früh die Färberarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Auslockerung würden etwa 12000 bis 13000 Webereiarbeiter betroffen werden. Im Geraer Bezirk sind außerdem die in der T. p. p. und Färbereibetriebe beschäftigten Arbeiter wegen nicht erfüllter Forderungen in den Auslands getreten.

Polnische Truppenzusammenziehungen.

Warschau, 26. September. Die polnische Oberste Heeresleitung nimmt umfangreiche Umgruppierungen unter den polnischen Streitkräften vor, da sich ihre Beziehungen zu Österreich und Litauen scheinbar weiter verschärfen. Auf allen polnischen Eisenbahnen wird erhöhter Verkehr gemeldet. Die Warschau-Düna-Bahn ist vorübergehend für Privatverkehr gesperrt. Eine galizische Schützendivision ist an der Krakau-Czernberger-Bahn zusammengezogen worden, um abberufen zu werden. In Warschau, Graudenz, Thorn und Braunsberg sind Fliegergeschwader und Sanftaktionen angekommen. Etwasliche Truppentransporte wurden in Pommern ausgedient.

Revolveraufschlag auf Marschal Pilsudski.

Lemberg, 26. September. (Gonos.) Auf den Marschal Pilsudski ist ein Revolveraufschlag verübt worden, als er von Befehlern der Gemeindebehörde sich nach dem Theater begeben wollte. Nur sein Begleiter Graf Swatowski wurde verletzt. Pilsudski selbst begab sich nach dem Theater, wo er lebhaft begrüßt wurde. Der Urheber des Aufschlages verfuhr sich Selbstmord, wurde jedoch daran gehindert.

Litauische Protestversammlungen gegen das Bündnis mit Polen.

Kowno, 26. September. Wie die litauische Telegrammen-Agentur mitteilt, wuch in Litauen die Zahl der Protestversammlungen gegen die Föderation mit Polen andauernd. Allorts wird auf das bestimmteste gegen jede Union mit Polen Einspruch erhoben. Sogar aus dem besetzten Wilnaer Gebiete kamen Leute, um gegen die Föderation zu sprechen.

Die Lage in Westungarn.

Braun, 26. September. (Tschekoslowakisches Pressebüro.) Bei der heutigen Zusammenkunft des Ministers des Äußeren Bensch und des ungarischen Ministers des Äußeren Palfy wurde die Lage in Westungarn erörtert und vereinbart, zunächst die verbandelten Großmächte über die Lage zu unterrichten. Die ungarische Delegation ist heute mittag nach Budapest zurückgekehrt.

Die Rede Churchills.

London, 26. September. Aus der Rede des englischen Kolonialministers Churchills, die mit bereits geklärt kurz mitgeteilt haben, sei noch folgendes erwähnt: Wenn man den Schwereitigkeiten der Nachkriegszeit begreifen wollte, so müßte ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen den sächsischen Nationen erfolgen. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Wiederaufleben der Sicherheit

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 27. September.

Ein Kursus für Volkshochschullehrer.

(N.) Die Landesstelle für Volkshochschulwesen im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts veranstaltet vom 3. bis 8. Oktober d. J. in Schneeberg i. Erzgeb. den IV. staatlichen Kursus für Volkshochschullehrer. Er ist bestimmt, die an den Volkshochschulen des Plauener und Jindauer Bezirkes der Arbeitergemeinschaft sächsischer Volkshochschulen tätigen Persönlichkeiten in die sozialen und pädagogischen Fragen der Volkshochschularbeit einzuführen.

Es werden sprechen Dr. Ulrich von sächsischen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts über die sozialen Grundlagen und Ziele der Volkshochschulbewegung und über die Pflege des künstlerischen Sinnes, der Leiter der sächsischen Volkshochschule Ratzeburg, Rektor De Spilber, der als Gast an dem Lehrgang teilnimmt, über die nordische Volkshochschule, Dr. Blüner-Jena über die Organisationsgrundlage der Volkshochschule und Dr. Brüd-Hartha über die Volkshochschule in der Kleinstadt. Das Thema Volkshochschule und Politik behandelt Privatdozent Dr. Heller. Der Leiter des naturkundlichen Heimatmuseums in Leipzig Direktor Buch wird über die Rolle der Naturwissenschaft in der Volkshochschularbeit und Dr. Rodtmaner-Dresden über die Philosophie in der Volkshochschule sprechen.

Mit dem Lehrgang sind Ausflüge und Vorträge verbunden.

Wissenschaft und Technik. Hk. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, veranstaltet vom 2. bis 8. Oktober d. J. eine pädagogisch-wissenschaftliche Fortwoche in Wiesbaden. Als Vortragende sind gewonnen worden die Professoren Dr. Reichensteiner (München), Dr. Fischen (Düsseldorf), Dr. von der Leyen

(Köln), Dr. Koepf (Frankfurt a. M.), Dr. Giese (Frankfurt a. M.), Dr. Lill (Leipzig), Dr. Raumann (Jena), Dr. Wilsowa (Halle), Dr. Schäler (Würzburg), Dr. Kobi (Wöttingen) und Dr. Lenz (Wiesbaden), Privatdozent Dr. Grismann (Worms), Statthalter Dr. Löwen (Münster), ferner die Oberstudienräte Dr. Reuendorff (Münster), Dr. Giese (Frankfurt a. M.) und Dr. Weimer (Wiesbaden) sowie der Geh. Studienrat Dr. Lohr (Wiesbaden). Die Vorträge, an die sich zunächst eine Aussprache anschließen soll, finden in der Aula des Gymnasiums II am Bolesplatz statt. Außerdem sollen am 5. und 6. Oktober zwei Vorträge von Prof. Dr. Lampe, Leiter der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin, „Über den Lehrplan“ stattfinden. Die Teilnehmergebühren betragen für sämtliche Vorträge 40 M., für einständige Vorträge 3 M., für zweistündige 5 M., für dreistündige 8 M. Außerdem werden auch Tageskarten für 10 M. ausgegeben. Der Zutritt zur Eröffnungsfest ist frei. Erkundigungen bei Studientat Räder, Lohrstraße 4; Anmeldungen möglichst mit Einreichung des Geldbeitrages an Lehrer Rob. Baeder, Emserstraße 50, Postfachkonto Lehrer Rob. Baeder, Nr. 31705, Frankfurt a. M. Mit der pädagogisch-wissenschaftlichen Woche ist eine Lehrmittelausstellung in der Turnhalle des Gymnasiums II verbunden. Eintritt für Teilnehmer der Woche frei. In derselben Zeit sollen Führungen durch die physikalisch-chemisch-mineralogischen Sammlungen der Oberschule am Bietering und des staatlichen Realgymnasiums am Luisenplatz stattfinden. Eine beschränkte Anzahl Karten für die einzelnen Tage sind in der Geschäftsstelle erhältlich, für Teilnehmer frei. Für die Abende sind Theateraufführungen, Konzerte u. a. zu ermäßigten Preisen vorgesehen.

- Aus Leipzig wird uns gemeldet: Der Deutsche Orientalistentag findet am 29. September hier unter der Leitung des

Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rosen statt. Das Programm weist u. a. folgende Vorträge auf: Staatsminister Prof. Becker-Berlin (Islam), Prof. Erman-Berlin (Ägyptologie), Prof. Reischer-Berlin (Probleme der Ägyptologie), Prof. Sieg-Wöttingen (tocharische Sprachdenkmäler), Prof. Sievers-Leipzig (semitische Metrik). Der Ortsauschuß in Leipzig nimmt Anmeldungen entgegen, vermittelt Quartiere und gibt weitere Auskunft. Im Zusammenhang mit dem Orientalistentag findet am 29. September eine Tagung der altkaramantischen Forscher statt. Die Hauptvorträge halten Prof. Budde-Warburg und Prof. Mittel-Leipzig.

Mit Unterstützung des Schwedischen Parlaments ist in Uppsala eine Forschungsstätte für Rassenbiologie ins Leben gerufen worden, deren Leitung Prof. Lundborg übertragen wurde. Die Aufgabe des Instituts ist es, die Erblichkeit krankhafter Anlagen, Geistes- und Verrentanheiten, Dispositionen für Tuberkulose und Krebs, Mißbildungen usw. zu studieren und aufzuklären. Es wird eine anthropologische, besonders kriminell-anthropologische Abteilung angegliedert, die sich mit der Bedeutung von Konstitution und Erblichkeit bei den Verbrechern beschäftigt. Auch experimentelle, biologische und pathologische Abteilungen sind vorgesehen. Geplant ist ferner eine ständige Ausstellung von erblichen Schauspielen, Rassenfotos, Rassenarten und deren Kreuzungen, die zur allgemeinen Schau und zum besonderen Studium wissenschaftlicher Kreise dienen soll.

In Groß-Lichterfelde ist der armenische Professor der chinesischen Sprache und Geschichte und Direktor des Sinologischen Seminars an der Berliner Universität, Geh. Regierungsrat Dr. Jan Jakob Maria de Groot im Alter von 67 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der ersten Kenner der Chinesen, Sprachen und Kulturen Ostasiens dahingegangen. Geboren 1854 in Schiedam (Holland), erhielt er seine wissenschaftliche Ausbildung an der Universität Leyden, wo nament-

lich der große Sprachkenner Henrik Steen auf seinen Studiengang von Einfluß wurde. Im Jahre 1891 wurde er als Nachfolger Eschegles Professor der Sinologie an der Berliner Universität. Im Januar 1912 folgte er einem Rufe auf den neu errichteten Lehrstuhl für chinesische Sprache, Literatur und Altertumskunde an der Berliner Universität. In einer Reihe umfassender und tiefgeleiteter Werke, unter denen das in englischer Sprache erschienene über das religiöse System der Chinesen (1892-1907) das bedeutendste ist, hat er die Ergebnisse seiner eindringenden Forschungen niedergelegt.

In Romawes bei Berlin ist der Philosoph Eugen Dähming im Alter von 88 Jahren gestorben. Dähmings philosophische Schriftsteller ist stark polemisch gehalten; er kämpfte heftig gegen allerlei naive und falsche Größen und löste scharfe, verbitterte Feindschäfte gegen die Universitätswissenschaft. Das hing mit persönlichen Gelehnissen und mit seiner frühzeitigen Erblindung zusammen. Dennoch stellt in seinen Werken eine Menge positiver Gedankenmaterials und zielbewussten Kulturwills.

Literatur. Aus München wird gemeldet: Die erste Uraufführung der neuen Spielzeit bildete die Aufführung von Wolf Landners Kammerstück in drei Akten „Sonate“ im Residenztheater. Drei Dialoge, kein Drama, aber eines Dichters inneres starkes Erlebnis. Eine liebevolle Aufführung unter Kurt Sieberts Spielleitung. Kein Beifall, doch ein innerlich bewegtes Publikum.

Die erste Tagung der „Neuen Deutschen Dante-Gesellschaft“ fand wie aus Weimar gemeldet wird, dort in den Tagen des 24. bis 26. September statt. In der Morgenfeier am vergangenen Sonntag hielt der Vorsitzende Dr. Hugo Daffner den Festvortrag. Er sprach über das Thema „Was kann und darf Dante sein?“ Die erste Hauptversammlung schloß sich nach einer kurzen Pause an. Vorsitzender Dr. Daffner betonte, daß die heutige Versamm-

der Welt. Selbst sei notwendig ein Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlthat Europas wieder aufzubauen. Weiter sei nötig ein Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Japan, um neuen Weltbewerben in den Abhängen zur See zu verhindern und den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill sagte, ein Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zu Stande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft hätte, sondern im Gegenteil nur dadurch, daß England Frankreich sichtbar mache, daß es immer noch sein Freund sei. In gleicher Weise könne England keine schiefe Haltung im Stillen Ozean haben, aber den Abhängen zur See Einhalt gebieten, wenn es die wachsende Freundschaft mit Japan befestigen wolle. Es müsse ein größeres Einverständnis zwischen den drei Seemächten im Stillen Ozean zustande gebracht werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte schließlich, er lege große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Sie bedeute ein wirksames Eintreten der Vereinigten Staaten für die Verantwortunglichkeiten und Schwierigkeiten der Weltpolitik.

Parteiabewegung.

Berlin, 27. September. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dänmwig und Adolph Hoffmann hatten der K. P. D. zufolge ihren Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt. Daraufhin vertrat nicht, ob sie auch ihr Reichstagsmandat niederlegen oder sie sich einer anderen Fraktion anschließen werden.

Lohnbewegung.

Dresden, 26. September. Der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter-Berufsbünde, Otto-Allee 2b, bittet und mitzuteilen, daß die Befähigung für die Allgemeinverbindlichkeitsklärung der Tarifschlichtung vom 22. Februar für die Schokoladen- und Zigarettenindustrie wohl durch einen Zeitraum des Reichsarbeitsministeriums noch nicht mit Aberrmittlung worden ist. Die Epigenorganisationen haben sich bereits wegen dieser Angelegenheit nach Berlin gewandt.

a. Leipzig, 26. September. Die unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. Braun vom Reichsarbeitsministerium in Leipzig geführten Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Buchdruckgewerbe haben zu einer Einigung geführt, indem die Schlichtung das Angebot der Prinzipale annahm, wonach für die höchste Klasse der Gehälter ab 1. Oktober 350 M., ab 15. November 360 M. mit entsprechenden Abzügen für die Belagen und für Orte mit niedrigeren Lebenshaltungskosten festgesetzt werden sollen.

Glauchau, 26. September. Die Bergarbeiter verschiedener Bezirke und Appreturanlagen in Glauchau und Greiz haben wegen Lohnrückstellungen die Arbeit niedergelegt.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 27. September.

Der am 21. April in Georgenfeld verordnete Diplomingenieur Hr. Ernst Adolf August Perutz hat der Stadtgemeinde Dresden lediglich 10000 M. vermachung mit der Bestimmung, diese Summe als „Rosa-Perutz-Stiftung“ zu verwalten und die jährlichen Zinsen zur Unterhaltung von würdigen Ortsarmen zu verwenden.

Die in Verkehr befindlichen 10 Pf. und 20 Pf. Wertmarken der Sächsischen Eisenbahn aus Papier, die durch Bekanntmachung vom 15. August gekündigt worden sind, gelten nur noch bis mit 30. September als Zahlungsmittel im Straßenverkehr. Nach dieser Zeit werden sie nur noch in der Kasse im alten Rathaus eingelöst. Dagegen behalten die mit Reklame versehenen 20 Pf. Wertmarken in Ringform weiter Gültigkeit.

Das Postamt 17 in Dresden-N. (Kaiserstraße 7) wird mit Ablauf des Monats September aufgehoben.

Mit Schluss des Sommerhalbjahres trat ein hochverdienter Schulführer, Hr. Stabsrat Schwabe, der Senior der Lehrerschaft der Sächsischen Pädagogischen Lehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft, in den Ruhestand. Nach fast 52-jähriger Lehrtätigkeit, darunter 22-jähriger Wirksamkeit an der Handelslehranstalt, nahm Hr. Stabsrat Schwabe Abschied vom Lehramt. Am letzten Schultage vor den Michaelisferien wurde er von Oberstudiendirektor Prof. Dr. Thammier mit Worten herzlicher Anerkennung und den besten Wünschen für seinen Lebensabend verabschiedet.

Neben der Ausstellung in den Räumen des Schulmuseums des Sächsischen Lehrervereins, Sedanstraße 19, befindet sich im Geschäftshaus der Heimlich, Schloßstraße 26, unter Mitwirkung der Vorstands- und Beratungskomitee für die Ausstellung der neuesten Lichtbildapparate. Die Besucher haben Gelegenheit, die Apparate für einfache Projektion, Mikroprojektion, epistomische Projektion, Darstellung horizontal liegender Objekte und Kinetographie an einzelnen Apparaten, sowie an den ausbaufähigen, technisch hochwertigen Universal-Apparaten zu sehen. Besonders seien die Konstruktionen der beiden führenden Firmen Ica und Ernemann erwähnt, die in ihren Universal-Schulgeräten zwei Apparate schufen, die für den modernen Unterrichtsbetrieb geradezu eine Grundvorlage sein sollten. Die neueste Ica-Konstruktion, ein Handapparat, erfreut sich ungeheurer Beliebtheit. Die Ausstellung ist während der Hauptversammlung des S. L. V. durchgehend geöffnet von 9 bis 6 Uhr. In dieser Zeit finden unangeführte Vorführungen statt.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, veranstaltet am 1. Oktober, abends 7 Uhr in den Räumen des Ausstellungspalastes (Eingang Stübner-Allee) sein diesjähriges Stiftungsfest in Art einer Kirmesfeier.

Gerade ein Jahrzehnt ist in den nächsten Wochen verstrichen, seit dem Tage, da die Internationale Hygiene-Ausstellung, Dresden 1911 ihre Pforten schloß, durch die während fünf Monaten über fünf Millionen Menschen gefördert waren, um Anregung und Belehrung für ihre künftige Lebensgestaltung zu gewinnen. Das Deutsche Hygiene-Museum glaubt die Erinnerung an dieses an äußeren und inneren Erfolgen für Dresden beispiellose Jahr nicht wünschiger und zuverdienstlicher wieder aufleben lassen zu können als dadurch, daß es ausgedehnte Gruppen aus den künftigen Schülern der „Populären Halle“, die eine die reichhaltige Bewandlung der ganzen Welt hervorgerufen hatte, der Allgemeinheit wieder für einige Zeit zugänglich macht. Die Museumleitung hat sich entschlossen, Anfang November d. J. in ihrer „Ausstellungshalle am Zwingerplatz“ die Ausstellung „Der Mensch“ wieder zu eröffnen. Wenn auch der größte Teil der Schaufläche naturgemäß von der Hygiene-Ausstellung stammt, so ist diese Sammlung doch in jahrelanger, emsiger Arbeit ergänzt

und mit den neuesten Forschungsergebnissen in Einklang gebracht worden, so daß sie auch dem, der 1911 zu den Sächsischen Schülern der „Populären Halle“ zählte, gar manches Neue bieten wird. Jedem Besucher aber wird die Erkenntnis kommen, was für ein wunderbares Kunstwerk der Mensch doch ist und in wie unermesslicher Weise oft gegen den Körper gekämpft wird. Wenn durch diese wiederholende Auffstellung die Auffklärung der Massen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege mehr als bisher in die Tiefe dringt, so ist der Zweck, den der gemalte Schöpfer der Weltausstellung von 1911 und des Deutschen Hygiene-Museums, der leider viel zu früh verstorben Herr. Geh. Rat Dr. med. h. c. Dingeldey im Auge hatte, voll und ganz erreicht.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Kreis Dresden, hielt am Sonntag in Niederschönwitz seinen außerordentlichen Kreisrat ab. In Anwesenheit des Verwaltungsratsmitglied Reichstagsabgeordneter Walter Lomdach-Hamburg, Gauvorsitzer Wilton-Leipzig und Landtagsabgeordneter Heintz-Dresden, Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eröffnete der stellvertretende Kreisvorsitzer Wachsmuth die Tagung. Nach Übernahme der Ergänzungswahlen ergriß der neue Kreisvorsitzer Arno Biersch, Geschäftsführer der Geschäftsstelle Dresden, das Wort zu seinem Vortrag: „Gewerkschaftliche Zukunftsaufgaben“. Im Anschluß hieran sprach Gauvorsitzer Wilton-Leipzig über „Die kommende Wirtschaftskrisis“. Die gewaltigen Aufgaben, die der Gewerkschaft bevorstehen, verbunden mit der riesigen Selbstverwaltung, zwingen den Verband, rechtzeitig auf die Vermehrung seiner Einkommen behauptung zu achten und rechtzeitig den vom Kreisverband gestellten Antrag, den Mitgliedsbeitrag bis zu 20 M. zu erhöhen. Auf beiderseitigen Antrag aus der Verammlung wurde ohne jede Debatte der Beitragshöhung angenommen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, den „Dresdner Gewerkschaftsführer“ ab 1. November d. J. zu einer Kreiszeitung auszubauen und dieser das in Leipzig neu erscheinende „Reichstagsabgeordneter Lomdach“ entwickelte in seinem Schlußwort ein Bild über seine Tätigkeit als Angehöriger der Partei. Mit einem dreifachen Heil auf den Verband und unter Abkündigung des Verbandsabschlusses schloß die eintragsvolle arbeitliche Tagung.

Sächsische Angelegenheiten.

Tagung des Sächsischen Lehrervereins.

Dresden, 27. September.

Die 18. Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins sollte am Montag, dem Eröffnungstag, den großen Saal der Ausstellung mit einer außerordentlichen Menge von Lehrervertretern aus Sachsen und dem übrigen Reich. Vertreter der Regierung und der Sächsischen Behörden waren in reicher Anzahl zugegen. Der erste Vorsitzende des Lehrervereins, Lehrer Kleiberg, ging in seiner Eröffnungssprache auf die letzte Hauptversammlung im Jahre 1913 in Chemnitz ein, auf der die Vorträge Friedrich Mannmanns und Höpffels die Beachtung gefunden seien. Die Gedanken von damals seien noch aktuell im Lehrerverein lebendig, daß die gegenwärtige Tagung als eine unmittelbare Fortsetzung jener letzten betrachtet werden könne, und daß die Redner von damals auch heute wieder sprechen könnten. Nachdem sieben stürmische Jahre über die Volksschule hingegangen wären, sei jetzt das Bedürfnis nach Ruhe herr-

schend. Die Lehrerschaft habe sich daher gleich Staats- und Gemeindevorstandswirtschaft erwiesen auf den Boden der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung. Ihre Hauptaufgabe seien die bestmögliche Befestigung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Ausbau der Selbstverwaltung der Lehrer, die Durchführung der weltlichen Schule und die Erfüllung des Versprechens des Staates, den Volksschullehrern neue höhere Bildungswege zu eröffnen. Der Unterrichtsminister Fleißner erklärte, es sei eine Selbstverständlichkeit betrachtet zu haben, mit seinen Werten persönlich auf der Tagung zu erscheinen. Die Auffassungen des Reichsvereins teilte er und habe sie schon vertreten, bevor er sein jetziges Amt antrat. Der Schlußwort, als dessen Vize der Lehrerverein ebenfalls gese, sei eng verknüpft mit dem politischen Fortschritt. Die Widerstände müßten überwunden werden, die sich ihm gegenüberstellten. Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Lehrerschaft müßten derart gehoben werden, daß sie die Möglichkeit erhalte, ihren geistigen Aufgaben zu leben. Im Namen der Stadt richtete noch Oberbürgermeister Böhmer Begrüßungsworte an die Besammlung, im Namen des Deutschen Lehrervereins Kreisvorsitzer Höpffler. Dann ergriß Kreisvorsitzer Hermann-Tresden das Wort zu seinem Vortrag über „Die geistigen Strömungen unserer Zeit und die Lehrerschaft“. Er führte u. a. aus: Die Ursachen der Probleme der heutigen Zeit liegen in den Fortschritten der Naturwissenschaft und der Wissenschaften überhaupt, in dem Einbringen ihrer Erkenntnisse in die breiten Massen und in der Entwicklung der Industrie und Technik. Der Übergang ist nicht wie im dunklen Mittelalter. Die Kirche steht dieser Bewegung machtlos und untätig gegenüber, denn sie ist auf denselben Boden getreten, den Offenbarungsglauben, der die Menschheit nicht lehrt, die Erlösung in sich selbst durch den Aufstieg zur Sittlichkeit zu suchen. Dem fehlt die wissenschaftlich begründete Weltanschauung der Menschheit gegenüber, der zufolge alles Geschick unsere Entfaltung nach unabänderlichen Naturgesetzen ist. Der moderne Lehrer steht auf diesem Standpunkt. Es gibt aber auch solche in den konfessionellen Lehrerverbänden, die heute noch mit ihren Anschauungen im Mittelalter stehen. Das Volk, das mit seinen Führern und in seiner Erziehung auf den Geist der Zeit eingestellt ist, wird keine Angelegenheiten am zweckmäßigsten ordnen. Im neuen Reich ist das bei Regierung und Parteien noch nicht der Fall. Siche Reichstagsabgeordneter und Reichstagsabgeordneter der Hochschullehrer. Der Oberbürgermeister ist an der Bekämpfung des politischen Lebens, an seinen veralteten Staatsformen, an jener damals herrschenden Überdacht zugrunde gegangen. Die Demokratie ist Gegenstand der Klassenherrschaft und bewirkt neben vernünftiger Freiheit die notwendige Ordnung. Das geistige Deutschland, Unvergleichliches und höhere Schulen stehen abseits über sich hinweg. Die Lehrerschaft ist demokratisch gesinnt. Ihre Organisation ist auf demokratische Grundgedanken aufgebaut, wie die Verwaltung der Gemeinden. Es ist nötig, daß in der Selbstverwaltung der Schule und in Hinsicht auf den Staat der demokratische Gedanke energischer vertreten wird. Vom Reich und den Regierungen muß aber auch erwartet werden, daß sie demokratische Grundgedanken, siehe Befähigung und Beamtenregierung und Schulgesetzgebung, vertreten. Mit dem demokratischen ist der soziale Gedanke eng verbunden. Die Rechte des Staates und des Individuums sind gerecht abzumessen. Die Lehrerschaft muß den großen sozialen Gedanken bejahen vom Staat-

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilung der Sächsischen Staatsoper: Die Ausgabe der Karten zu den Sinfonie-Konzerten 1921/1922 an die bisherigen Platzinhaber erfolgt vom 30. September bis mit 7. Oktober während der üblichen Vormittags-Kassenstunden gegen Zahlung des Betrages und Rückgabe der Karten 1920/21 an der Konzertsche des Opernhouses, Eingang Unterfahrt Zwingerseite. Am 9. Oktober vormittags von 11 bis 2 Uhr können die bisherigen Platzinhaber ihre bereits eingelösten Karten gegen etwa frei gewordene bessere Plätze umtauschen. Alle dann noch verfügbaren Plätze werden am 10. Oktober während der Vormittagskassenstunden weiter vergeben.

Donnerstag, den 29. September: „Amelia“. Richard — Ivo Patienza, René — Robert Jung, Amelia — Charlotte Biersch-Kimpel, Ulrika — Helene Jung, Oskar — Josef v. Schuch, Elvira — Rudolph Ermold. Musikalische Leitung: Fritz Reiner, Spielleitung: Georg Teller. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Donnerstag, den 29. September, werden Hebbels „Nibelungen“ zum erstenmal in dieser Spielzeit gegeben. Lothar Rehnert, der zur Zeit der Reueinstellung erkrankt war und damals den Hagen nicht spielen konnte, hat diese Rolle nun wieder übernommen. Besetzung der übrigen Hauptrollen: Siegfried — Friedrich Lindner, König Gunter — Alexander Bierth, Hildebrand — Antonia Dietrich, Brunnhild — Relitta Rehnert, Ute — Clara Seibach, Frigg — Ida Barbau-Wälder. Spielleitung: Paul Biede. Anfang 7 Uhr.

Mitteilung des Residenztheaters. Josef Wildt vom Residenztheater in Wiesbaden und Emerich Müller-Warten vom Johann Straußtheater in Wien wurden als Tendre für das Residenztheater gewonnen. Außerdem wird Toni Marius, zuletzt in Mailand, ab 1. Oktober dem Verbande des Residenztheaters angehören. Ab Mittwoch beginnt der Vorverkauf für die am Sonnabend stattfindende Eröffnungsvorstellung des Operettenspiels: „Kassottochen“.

lung die erste seit der im Jahre 1914 erfolgten Reorganisation sei; viele gleichartige Vereinigungen hätten bislang von Tagungen absehen müssen und deshalb sei die heutige ein Erfolg. Die Mitgliederzahl ist von 60 (1914) auf 300 gestiegen, hat also ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen. Die Vorstandswahlen ergeben die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder unter Anführung der beiden für den Geschäftsführenden Ausschuss bestimmten Persönlichkeiten. Es gehören dem Vorstande also künftig an: Prof. Dr. Heim, Fink, Prof. Dr. Grauert, Prof. Dr. Tzvetzsch, Prof. Dr. Koffler und die beiden Weimarer Herren. Die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Dresden nach Weimar wird nach kurzer Begründung durch den Vorsitzenden gutgeheißen. Aus Anlaß der Tagung hat die Landesbibliothek eine Dankschuldung veranlaßt.

Silberne Kunst. In Verbindung mit der Ausstellung für kirchliche Kunst im Leipziger Grassi-Museum findet gleichzeitig in den Tagen vom 17. bis 19. Oktober in Leipzig eine Tagung für kirchliche Kunst statt, die durch eine Ansprache des Reichstagsabgeordneten Dr. Redlob eröffnet wird. Als Vortragende sind für die Tagung gewonnen worden: Die Universitätsprofessoren Geh. Rat Adolph-Reipzig, Geh. Rat Frieder-Halle, Prof. Franz-Erlangen und Hanser Richtig-Potsdam.

Musik. Im Berliner Metropolitantheater erlebte die neue Operette „Die Straßenfängerin“ von Leo Fall die erfolgreiche Uraufführung. Wenn die Handlung auch nicht übermäßig neu, spannend oder raffiniert ist, so helfen doch manche witzigen Situationen und behäbige, gut treffende Dialoge über die gewöhnliche Operettensentimentalität hinweg. Und Leo Fall, hat diesem Libretto von Leo Forsten und August Reichardt einen musikalischen Ausdruck verliehen, wie er nur ihm gegeben ist. Er gibt der Straße, was der Straße ist, aber im Inneren bleibt er der seine musikalische Kraft, wie er sich dem Publikum persönlich vor-

stellt. Verschiedene seiner Duette und Terzette sind feine Kammermusik, und doch nie ohne den prädeklarierten Pfeifer der Operette. Seine Orchesterleitung ist ganz einzig, aber der Erfinder hält an ihr mit dem Instrumentalisten gleichen Schritt.

Theater und Film. In Hamburg wurde unter dem Namen „Freie Bühne und Theater des werktätigen Volkes“ Mitte September eine neue Bühne eröffnet. Die „Freie Bühne“ wurde von den ausgeprägten Schauspielern des Altonauer Stadttheaters in Form einer G. m. b. H. ins Leben gerufen. Zu Geschäftsführern wurden Marie Nordhardt, Beitzelmann der Bühnengemeinschaft, und die Herren Gude, Geißler und Dr. Gumpin, in dessen Händen die künstlerische Leitung liegt, gewählt. Das Unternehmen, das für einen geringen Einheitspreis der Arbeiter- und Angestelltenchaft Hamburgs im Gewerkschaftshaus und in den verschiedenen Stadttheatern Vorstellungen bietet, wird von der Genossenschaft Deutscher Bühnengänger gestützt.

Paul Trede, der ehemalige Dresdner Sänger und bisherige Intendant der Effener Bühnen, hat seine Berufung zum Oberregisseur der Wiener Staatsoper rückgängig gemacht und übernimmt am 1. Oktober 1921 als Nachfolger Dr. Reunders die Leitung des Züricher Stadttheaters.

Intendant Rehm in Stuttgart hat den Ruf als Leiter des Stadttheaters in Basel endgültig abgelehnt.

In London ist die Schauspielerin Mrs. Calvert, die lange Jahre hindurch eine der beliebtesten englischen Bühnenkünstlerinnen gewesen ist, gestorben. Schon als sechsjähriges Kind trat Adelaide Bibbles, wie sie in ihrer Jugend hieß, in der Gesellschaft von Charles Kean auf und begann bald mit ihrer Schwester Meta zusammen ihren Lebensunterhalt von den zwei Pfund wöchentlich, die sie beide erhielten, zu bestreiten. 1853 heiratete sie Charles Calvert und nahm teil an den großen Erfolgen der seiner Leitung des Prince's Theatre in Manchester, das

durch seine zahlreichen Neuaufführungen Schaleporeischer Werke berühmt wurde. Zum letztenmal erschien sie auf der Bühne in Sir Herbert Tree's Aufführung der „Lustigen Weiber von Windsor“ in His Majesty's Theatre.

In den Monaten Oktober bis mit März werden künftig die Gemäldegalerie und das Historische Museum wochentags von 9-3 Uhr offen gehalten. Sonn- und Feiertags sind beide Sammlungen wie bisher von 10-1 Uhr geöffnet. Die übrigen Sammlungen werden während des Winterhalbjahres nach dem für das Sommerhalbjahr gültigen Besuchsplan offen gehalten.

Im Landesmuseum für Sächsische Volkskunst, Dresden-N., Ackerstraße 1, beim Jichus wurde am Sonnabend eine Ausstellung von Kunsthandarbeiten eröffnet, die während des vergangenen Sommerhalbjahres an einer Dresdner Mädchenfortbildungsschule in einem freiwilligen Sonderkurs entstanden sind. Zur Eröffnung waren als Ehrengäste u. a. erschienen die Herren Ministerialrat Dr. Boenig vom Wirtschaftsministerium, Stadtrat Dr. Rathes und Direktor Prof. Groß von der Sächsischen Akademie für Kunstgewerbe. In seinen Begrüßungsworten kennzeichnete Oberregisseur Bährden als Ziel des Kurses: Wiederbelebung einer alten Kunstfertigkeit, die als ein treffliches Mittel zur Vertiefung der Handarbeit und zur Bildung des Geschmacks gelten muß. Die Leiterin des Kurses, Frau Martha Wolff-Heid erläuterte den eingeschlagenen Lehrgang und hatte die Freude, mit den Arbeiten der Schülerinnen wie mit eigenen auf besonderen Eifer ausgetretenen Eigenentwürfen lebhaft Anerkennung zu finden. Besichtigung der Arbeiten täglich von 9 bis 2. Mittwoch und Sonnabend auch noch von 4 bis 6 Uhr und Sonntag von 11 bis 1 Uhr. Die Ausstellung dauert bis zum 9. Oktober.

Reinhold

punkte des Berufs und des Staatsbürgers aus. Über die Solidarität der Berufsgenossen und der Staatsbürger hinaus gibt es noch eine Solidarität der Völker. Schon in der Schule muß dieser Gedanke — auch der Verfassung entsprechend — gepflegt werden. Unsere alten Lehrbücher und Geschichtsbücher, die zur ungerechten Beurteilung fremder Völker viel beitragen — wie auch in anderen Staaten — sind zu beseitigen. Der Lehrer muß ganz von dem Gedanken der Völkerverbrüderung erfüllt sein. Erst wenn aus dem Rechtsstaat der Erziehungsstaat sich entwickelt hat, wird der Erfolg gesichert sein, der Erziehungsstaat, der die Erziehung des Volkes gründet auf Wissenschaft und Erfahrung und nicht auf die Forderungen einer überlebten Tradition. Die sittliche Erziehung in der weltlichen Schule behandelt im Anschluß Lehrer Erich Biehweg, Dresden. Die Gegenwart mit ihrer sittlichen Verwilderung und Gefährdung der Jugend, aber auch mit ihren drängenden Ideen eines neuen Lebens und Lebens fordert eine Erziehungsschule, die das Kind und den künftigen Staatsbürger durch gemeinsame Arbeit und gemeinsame Feier im sittlichen Handeln übt, an sittliches Handeln gewöhnt und ihm die sittlichen Grundzüge bewußt macht. Ihr Erziehungsziel ist der sittlich-soziale Mensch, der sich würdig dem Dienste in der Gemeinschaft hingibt und damit zum sittlich-freien, tüchtigen Charakter heranreift. Das Ziel einer allgemeinen sittlichen Erneuerung ist nicht zu erreichen, wenn man die sittlichen Normen aus Glaubensbekenntnissen ableitet, die keine allgemeine Geltung mehr haben und auch für das Leben des Einzelnen oft keine dauernde Bedeutung behalten. Die allgemeine Jugend-erziehung begründet die Gerechtigkeit in dem Erlebnis der das Tun begleitenden Wertgefühle (Gewissen), auf die Erkenntnis der sittlichen Bedingungen des Gemeinschaftslebens und des Zusammenhanges des Einzelnen mit der Gesamtheit, auf dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit, auf dem Schamenstrieb, der entwickelt wird zum sittlichen Willen im Sinne der Selbsterziehung und der Förderung und Emporhebung der Gemeinschaft, und auf dem Erlebnis der innersten Gefühle (Ehrfurcht, Liebe, Mitleid). In der Tiefe dieser Begründung liegen zugleich die natürlichen und allgemein geltenden Beziehungen zum Religionen. Die sittliche Erziehung und Unterweisung ist Aufgabe des gesamten Unterrichts. Eine ethische Systematik ist für die Volksschule verfehlt. Das schließt eine gelegentliche Zusammenfassung ethischer Forderungen unter große Gesichtspunkte auf der Oberstufe nicht aus. Dies ist auch in der Darstellung von Lebensbildern, in der Betrachtung größerer Werke, der Werke der Dichtkunst, und in geschichtlichen Bildern aus der sittlichen und religiösen Entwicklung der Menschheit ungenutztes gegeben. Vor allem aber erfordert das Ziel der sittlichen Erziehung die Umgestaltung der Schule zur Tat-, Gemeinschafts- und Lebensschule, ihren Ausbau im Sinne der Selbsttätigkeit und Selbstverwaltung und ihrer Befreiung von allen konfessionellen oder politischen Sonderzwecken. Die Erziehungsschule dient nur der Jugend und dem Erziehungsgebanten, sie umfaßt deshalb die gesamte Jugend ohne Rücksicht auf Stand oder Weltanschauung der Eltern. Diese „weltliche“ d. h. kirchenfreie Gemeinschaftsschule ist die vollkommene Erziehungsschule, weil sie der gesamten Jugend Volk und Menschheit als Gemeinschaft erleben läßt, weil sie das nationale Bildungsgut und Kulturgut ohne jede Beeinträchtigung wahrhaftig und „wissenschaftlich“ übermitteln kann, weil sie alle ihre Maßnahmen nur auf die Entwicklung des Kindes begründet und nicht zu Verfräumdungen genötigt ist, vor allem aber, weil sie allein die Gerechtigkeit traf, allgemeingültig und dauernd begründet und zum Bewußtsein bringt, daß die Tat mehr ist als die Meinung. Diese Erziehungsschule gibt zugleich die beste staatsbürgerliche Erziehung, nicht nur durch ihre Maßnahmen, sondern schon durch ihr Wesen. Sie erweitert sich zu einer Erziehungsgemeinde, in der die Elternräte als Schulpflegschaften ihre Hauptaufgabe darin sehen, der Jugend die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie sich natürlich und leiblich und seelisch gesund entwickeln kann.

Die Hauptversammlung des Sächsischen Lehrervereins begann heute vormittag mit dem Vortrag des Lehrers Schneider-Ramens über „Die Kulturaufgaben des Volksstaates und die Landesschule“, nachdem am Vorabend noch die Beiträge, die Lehrer Biehweg zu seinem Referat der Versammlung vorgelegt hatte, angenommen worden waren. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Die in der Gegenwart zuerst bei der Volksschule einsetzenden Sparmaßnahmen wirken volks- und staatsfeindlich. Diese Maßnahmen bezwecken hauptsächlich eine intensivere Ausnutzung der Kraft und Gesundheit des Lehrers. Die Statistik erweist, daß der sächsische Volksschullehrer ein Durchschnittsalter von 43½ Jahren erreicht, daß also schon jetzt bei den Lehrern unverantwortlicher Raubbau mit geistiger Kraft getrieben worden ist. Am schlechtesten ist bei allen Bildungsanstalten immer die Landesschule mangelnd. Ihre Klassen haben die niedrigste Unterrichtsstandardszahl; sie leiden infolge gleichzeitigen Unterrichts verschiedener Jahrgänge außerdem darunter, daß dem einzelnen Kinde nur ein Bruchteil der Kraft und Zeit des Lehrers zugute kommt. Die Arbeit in diesen vielstufigen Klassen mit den wenig Sprachgewandten und vornehmlich ländlichen Kindern wird noch dadurch erschwert, daß gerade diese Klassen die höchsten Schülerzahlen aufweisen. In Sachsen kommen auf einen Lehrer durchschnittlich 53 Schulkinder. Unser Land steht damit in der Mitte der deutschen Staaten. 55 Proz. aller Schulen sind zwei-, drei- oder vierstufig. Eine genauere

Statistik über ein Teilgebiet Sachsen ergibt, daß in den zwei- bis vierstufigen Schulen die Klassen mit unter 30 Kindern am schwächsten, die Klassen mit 40 bis 60 Kindern am stärksten vertreten sind, daß also gerade dort, wo die Unterrichtsarbeit an sich schon durch geringe Wiederholung erschwert ist, die Schwierigkeit durch volle Klassen verdreifacht wird. Darum muß zuerst in den Landesschulen die Klassenstärke herabgesetzt werden. Für die schwachbegabten Kinder, die den Fortschritt der Klasse hemmen oder ganz verkrüppeln, möchten nach Möglichkeit Sonderklassen errichtet werden. Ferner müssen die Unterrichtsstunden der Klassen vermehrt werden, um auch die Landesschulen einigermaßen dem Bildungsziele der mehrstufigen Schule zu nähern. Dadurch wird die Mehranstellung von Lehrkräften notwendig. Eine zweiklassige Schule mit mehr als 30 Kindern und nur einem Lehrer darf es nicht mehr geben. Schulgebäude und Schuleinrichtungen müssen modernen pädagogischen und gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Für die geistig hochbegabten Landkinder sind in ausreichender Zahl höhere Schulen (mit Internaten) auf das ganze Land verteilt, einzurichten. Die jetzigen Seminare und Realschulen eignen sich dazu. Alle diese Aufgaben können die Gemeinden allein nicht lösen. Der Staat muß neben den persönlichen auch die sachlichen Ausgaben übernehmen, schon um den sozialen Ausgleich herzustellen.

* Wie das Landesfinanzamt mitteilt, hat der Reichsminister der Finanzen wegen Verwirklichung der Ermäßigungen des Steuerbetrages aus § 46 Absatz 2 Ziffer 3 und Artikel III des Gesetzes vom 11. Juli 1921 der Beamten, denen das Gehalt vierteljährlich im Voraus gezahlt wird, folgende Stellung eingenommen: Bei der Erhöhung der Normalermäßigungen des § 46 Absatz 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom 11. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt S. 845) auf 35 M. monatlich im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Monaten ist von dem Regelfall auszugehen, daß in den drei Monaten, in denen der Ausgleich vorgenommen werden soll, die Lohnzahlungen für Arbeiter in diesem Zeitraum nach den in diesem Zeitraum regelmäßigen Lohnzahlungsperioden vorgenommen werden, demnach in drei Monatszahlungen. Erfolgt die Zahlung des Gehaltes eines Beamten vierteljährlich im Voraus, ist demnach die Zahlung des Gehaltes für das dritte Kalenderjahr 1921 z. B. am 30. Juni 1921 erfolgt, so hat die Berücksichtigung der Ausgleichs-ermäßigungen für die Monate August und September 1921 mit insgesamt 70 M. bei dieser Gehaltszahlung nicht vorgenommen werden können, sie muß demnach bei der Zahlung des Gehaltes für das vierte Kalenderjahr 1921 am 30. September 1921 nachgeholt werden. Bei dieser Zahlung am 30. September 1921 ist außerdem gleichzeitig die Ausgleichs-ermäßigung zu 35 M. für den Monat Oktober 1921 und die Normalermäßigung zu je 15 M. für die Monate November und Dezember 1921 gutzubringen, so daß bei der Gehaltszahlung Ende September 1921 von dem einzubehaltenden Betrag von 10 Proz. zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Abzüge 2 mal 35 M. = 70 M. für die Monate August und September 1921, 35 M. für den Monat Oktober 1921 und 2 mal 15 M. = 30 M. für die Monate November und Dezember 1921, demnach insgesamt 135 M. abzusetzen sind.

Chemnitz. Die kürzlich erfolgte **Sternwahlen** in **Koblenz** bei Chemnitz ist vom Evangelischen Elternbunde wegen vorgekommener Unstimmigkeiten in den Wahlziffern mit Erfolg angefochten worden, so daß sie wiederholt werden muß.

Kannberg. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft wie auch in der Stadt Kannberg selbst ist die **Arbeitslosigkeit** infolge der vermehrten Aufträge an die verschiedenen Industrie- und Gewerkschaften erfreulicherweise **recht erheblich zurückgegangen**. Anfang September waren in der Amtshauptmannschaft 703 männliche und 180 weibliche Personen voll erwerbslos. Bis zum 20. September waren diese Zahlen auf 607 und 172 heruntersunken. Ein weiterer Rückgang ist zu erwarten.

Borna. Die **Stadterordneten** zu Borna bewilligten ein **Berechnungsgehalt** von 10 000 M. als erste Rate für Herstellung eines **Strenghaus** für gefallene Krieger.

Großenhain. Von den **Stadterordneten** zu Großenhain wurden die **Vorlagen einer Musikinstrumentensteuer, Fremdensteuer, Vergütungsgelder, Gewerbesteuer und Zuwachssteuer** angenommen.

Tageschronik.

Berlin, 26. September. Gestern abend gegen 9 Uhr brach plötzlich aus dem **Südwest** der **Robertwerke** Obersee in der **Seestraße** zu **Friedrichshagen** ein **gewaltiges Feuer** aus. Unter großer Hitze und Rauchentwicklung brannte das **Südwest** mit umfangreichen Holzvorräten aus. Der **Feuerturm** gelang es, das **Feuer** auf seinen **Werd** zu beschränken. Man vermutet **Brandstiftung**.

Berlin, 26. September. Der **Hilfsauschuss** für **Oppau** macht darauf aufmerksam, daß **sämtliche Liebiggaben** für die Opfer des **Oppauer Unglücks** auf der **Erstenbahn** **frachtfrei** befördert werden. Es empfiehlt sich, die **Sendungen** auf den **Frachttarifen** als **Vierfachen** Sendungen für **Oppau** kennzeichnen zu lassen. Sie sind **zweckmäßig** an den **Stadtrat** von **Leipzig** zu richten.

Berlin, 26. September. Der **Reichsminister** des **Innern** hat unter **Zustimmung** der **depre-**

vischen Regierung den **Direktor** der **chemisch-technischen Reichsanstalt** **Oberregierungsrat Dr. Zenge**, der ein **herausragender Fachmann** in allen **Explosionsfragen** ist, nach **Oppau** entsandt, um an der **Kaufmann** der **Gründe** des **Explosionsunglücks** mitzuwirken.

Hamburg, 26. September. Unter der **Aufsicht**, in der **Untersuchung** gegen den **Wandmacher** **Heitrich**, der mit **etwa fünfzig** **Genossen** verschiedene **große Raubtaten** ausgeführt haben soll, der **Begünstigung** sich **schuldig** gemacht zu haben, sind die **beiden hiesigen Rechtsanwälte** **Dr. Brandt** und **Crusemann** **festgenommen** worden.

Münchberg, 26. September. Auf dem **Schlepp** **Kreis** fanden **Knaben eine Mine**. Das **Geschloß** **explodierte** und **tötete drei Knaben**, während **zwei schwer verletzt** wurden.

München, 26. September. Der **Sächsische Industriellenverband** in **München** hat für die **Opfer** des **Oppauer Unglücks** **50000 M.** **gependet**.

Ramstein, 26. September. Die **unter** den **Krämmern** des **Oppauer Wertes** **befindlichen Toten** sind **jetzt sämtlich geborgen** worden. Die **Gesamtzahl** der **sofort Geleiteten** beträgt **360**. **Inzwischen** sind in den **Krankenhäusern** von **Ludwigshafen**, **Ramstein**, **Frankenthal** und **Heidelberg** **185** der **Berletzten** **gefordern**, womit die **Zahl** der **Toten** bis **Donnerstag** **abends** **545** **erreichte**.

Frankfurt, 26. September. Die **Siemens-Nachrichten-Schiffers-Union** **stiftete** für die **Opfer** des **Oppauer Unglücks** **2 Mill. M.** Die **verfassunggebende Kirchenversammlung** der **altprotestantischen Landeskirche** beschloß in ihrer **heutigen Sitzung** eine **Sympathiefeier** für **Oppau** und die **Beranstaltung** einer **Sammlung** in den **Kirchen**.

Warel, 26. September. Ein **schweres Explosionsunglück** ereignete sich im **Warel Eisenwerk**. Beim **Schmelzen** von **Eisenschrot** **lief** **unglücklicherweise** **auch eine Granate** in den **Rupfosten**, die **noch Sprengstoffe** und **Entzündmittel** enthielt. Es **erfolgte** eine **Explosion**, die **den Ofen** **aus-einanderprengte** und **an dem** **Gießer-gebäude** **schwere Schäden** verursachte. **Leiber** wurden **auch neun Menschen** von dem **Unglück** **betroffen**. **Zwei Arbeiter** wurden **schwer** und **sieben** **leichter** **verletzt**.

Waga, 26. September. Bei dem **auf** der **Reise** durch die **Offizier** **englischen** **Geschwader** **hat** sich ein **schwerer Unfall** ereignet. **Als** ein **Boot** des **Kreuzers** „**Custor**“ **auf** der **Reise** **zu** **Wasser** **gelassen** wurde, **versank** es **in** **den** **Wellen**. **Dabei** **ertranken** **sieben** **Matrosen** und **ein** **Offizier**.

Stockholm, 26. September. Das **schwedische Rote Kreuz** **stellte** der **deutschen Reichshilfe** für **Oppau** **100 000 M.** zur **Verfügung**. Der **schwedische Außenminister** **Graf Brangell** und **eine Reihe** der **hier** **beglaubigten** **Beauftragten** **auswärtiger Mächte** **sprachen** dem **deutschen Gesandten** **ihre** **Beileid** **aus**.

Rom, 26. September. Der **Leiters** des **Zoologischen Gartens** in **Rom**, **Dr. Canessa**, **ist ein Opfer** **seines Berufes** **geworden**. **Berleitet** durch **seine** **bisher glücklich verlaufenen Operationen** an **seinen** **wilden Pfleglingen**, **nahm** er **mehr** und **mehr** **Abstand** von den **gewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen**. **In** der **Tat** **verfiel** sich **ein** **großer** **weiblicher Orang**, **der** **ständig** **vor** **Schmerzen** **schrie**, **vollkommen** **ruhig**, **so** **wie** der **Arzt** **in** **den** **Röhren** **trat** **und** **die** **Behandlung** **des** **schweren** **Abgusses** **vornahm**. **Als** **nun** **auch** **der** **große** **Elefant** **„Toto“** **an** **einem** **Geschwür** **an** **der** **Schulter** **heimgefallen** **wurde**, **schritt** **Dr. Canessa** **ohne** **weiteres** **zur** **Operation**. **Nur** **der** **riesige** **Schädel** **des** **Dickhäutlers** **wurde** **von** **den** **Wärtern** **mit** **Stricken** **an** **das** **Gitter** **gebunden**. **Beim** **ersten** **und** **zweiten** **Einführen** **der** **Sonde** **blieb** **der** **Elefant** **unbeweglich** **stehen**, **das** **dritte** **Mal** **aber** **muß** **das** **Instrument** **tief** **in** **lebendes** **Fleisch** **gefahren** **sein**, **denn** **„Toto“** **fiel** **einen** **dampfen** **brohenden** **Ruf** **aus**, **befreite** **sich** **mit** **einem** **unwiderstehlichen** **Rud** **von** **seinen** **Fesseln** **und** **hob** **den** **Rüssel** **über** **den** **Arzt**, **der** **sofort** **zurückwich**, **unglücklicherweise** **aber** **anstrichte** **und** **auf** **den** **Rücken** **zu** **legen** **kam**. **Im** **gleichen** **Augenblick** **sauste** **auch** **schon** **die** **furchtbare** **Waffe** **auf** **ihn** **herab** **und** **zermalte** **ihn** **vor** **den** **Augen** **der** **entsetzten** **Zuschauer** **mit** **einem** **einzigem** **Schlage** **Schädel** **und** **Brustknochen**.

Sport.

Weitkampfsport für **das** **Landessportfest** der **säch. Landessportler** in **Dresden** **auf** **dem** **2. S. C. Platz** — **Stragege** —

Mittwoch, den 28. September 1921.

1. 3 nachm. Fußballauscheidungsspiel auf dem **Wald-Ruß-Platz**, **Pötenhonerstr. 79**. Es **spielten**: **Referat** **Dresden** **gegen** **Referat** **Bautzen**. **Donnerstag, den 29. September 1921.**

2. 7 vorm. 40 km **Radrennen**. **Start**: **Hilfshausstr.** **in** **der** **Höhe** **der** **Heideparkstr.** 3. 8 vorm. 20 km **Wettmarsch**. **Start**: **König-Georg-Klee** **vor** **der** **ehemaligen** **Garbener-Kaserne**. 4. 8 vorm. **Schießen** **auf** **drei** **Ständen** (ehemaligen **Jägerstände**). 5. 10 vorm. **Schwimmen** **Zentrum** **Wittenberger** **Strasse**. 6. 2 nachm. **Turnen** **in** **der** **Turnhalle** **der** **Turnlehrerbildungsanstalt**, **Carwästr.** 7. 2 nachm. **Fußballauscheidungsspiele** **auf** **dem** **Wald-Ruß-Platz**. Es **spielten**: **Bautzen** **gegen** **Leipzig**, **Dresden** **gegen** **Leipzig**, **Chemnitz** **spielte**. 8. 3 nachm. **Fußballauscheidungsspiel** **auf** **dem** **Wald-Ruß-Platz**.

Turnen.

* Zu **einer** **eindrucksvollen** **schlichten** **Beranstaltung** **gestaltete** **sich** **der** **erhebende** **Abschiedsabend**, **den** **der** **Turnverein** **für** **Ren-** **und** **Anton-** **hadi** **zu** **Ehren** **seines** **und** **Profilen** **auswärtigen** **Bereitschaften** **des** **Hrn.** **Strumpfwebermeisters**

Borturner **Oska** **Röhler** **in** **seiner** **Turnhalle** **veranstaltete**. **In** **seiner** **Aufsprache** **richtete** **der** **Bereitschaften** **des** **Rechnungsrat** **Weder** **betzliche** **Worte** **des** **Dankes** **an** **den** **Scheidenden**, **der** **dem** **Turnverein** **für** **Ren-** **und** **Anton-** **hadi** **als** **erster** **Sieger** **auf** **dem** **2. Sächsischen** **Kreisturnfest** **in** **Blauen** **1897** **und** **als** **23. Sieger** **auf** **dem** **Deutschen** **Turnfest** **in** **Hamburg** **1898** **Ehre** **gemacht** **hatte**. **Hr. Röhler** **gehört** **dem** **Turnverein** **seit** **31** **Jahren** **als** **Borturner** **an**. **Als** **Zeichen** **der** **Anerkennung** **für** **sein** **Wirken** **für** **die** **Deutsche** **Turnsache** **über-** **reichte** **ihm** **der** **Vorsitzende** **den** **Ehrenbrief** **der** **Deutschen** **Turnerschaft** **sowie** **ein** **Album** **mit** **Bildern** **aus** **dem** **Bereitschaften** **und** **von** **dem** **läng-** **lich** **abgehaltenen** **Dresden** **Kreisturnfest**. **Der** **Vorsitzende** **der** **Borturnerschaft** **überreichte** **ihm** **Urkunde** **und** **Ernennung** **zum** **Ehrenmitglied** **dieser** **Borperschaft**, **die** **in** **den** **nächsten** **Tagen** **ihre** **60-jährigen** **Bestehen** **festlich** **begehen** **wird**. **Treff-** **liche** **Worte** **des** **Dankes** **und** **der** **Anerkennung** **sand** **der** **Borturnwart** **Irmscher** **als** **Vertreter** **des** **Dresden** **Turnganges**. **Der** **Gesetzte** **versprach**, **auch** **in** **Brasilien** **der** **Deutsche** **Turnsache** **treu** **zu** **bleiben**. **Die** **Feier** **wurde** **umrahmt** **von** **monnig-** **fachen** **turnerischen** **Darbietungen**. **Darbietungen** **der** **Bereitschaften** **sowie** **musikalische** **und** **Sprech-** **tritte** **bildeten** **den** **übrigen** **Teil** **des** **Abends**, **der** **dem** **Scheidenden** **die** **Bewußtheit** **gab**, **daß** **man** **seiner** **auch** **über** **dem** **Weltmeer** **nicht** **ver-** **gessen** **wird**.

Berlin, 26. September. Bevölkerung.

| Telegraphische Auf- | 26. 9. | 26. 9. | 26. 9. | 26. 9. |
|---------------------|---------|---------|---------|---------|
| stellung aus | Seib | Wiel | Wiel | Wiel |
| Deutsches Reich | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Preußen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Sachsen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Bayern | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Württemberg | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Hessen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Niederrhein | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Brandenburg | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Schlesien | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Polen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Litauen | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Estland | 100 000 | 100 000 | 100 000 | 100 000 |
| Lettland | 100 000 | 100 000 | | |

Amtlicher Teil.

Berordnung

Aber die Übertragung der Verwaltung der Zinsausgaben auf die Behörden der Reichsfinanzverwaltung vom 22. September 1921.

Der Reichsminister der Finanzen hat den Landesfinanzämtern Dresden und Leipzig und den ihnen unterstellten Behörden die Verwaltung der Zinsausgaben...

Die Verordnung, die Vollziehung des Zinsausgabengesetzes vom 14. Februar 1911 betreffend, vom 29. März 1911, G.-u. S.-Bl. S. 87, in der Fassung vom 10. Mai 1913, G.-u. S.-Bl. S. 146, wird daher dahin abgeändert...

Die Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts und des Finanzministeriums wird durch die Übertragung der Verwaltung dieser Steuer auf die Behörden der Reichsfinanzverwaltung nicht berührt.

Dresden, am 22. September 1921. Die Ministerien der Justiz, des Innern (92.) Dr. Zeigner (92.) Lipinski und der Finanzen. (92.) Feldt. 5340

Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium genehmigt, daß der Deutsche Offiziersbund in Berlin W. 9 15000 Lose zu 3,60 M. der ihm vom Preussischen Ministerium des Innern in Berlin zur Beschaffung eines Anhauses in Bad Döbrnhausen für beabsichtigte Erweiterungszwecke...

Das von sächsischen Bezirksverbänden und Gemeinden ausgegebene Notgeld, dessen Geltungsdauer durch diesseitige Verordnung vom 9. Dezember 1920 allgemein bis zum 30. September 1921 verlängert worden war, löst an diesem Tage auf, gültiges Zahlungsmittel zu sein.

Die Ausgabestellen der einzelnen Notgeldgattungen haben die Scheine jedoch noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres zum Nennwerte in Zahlung zu nehmen und einzulösen.

Bei etwa in Zukunft vorübergehend auftretendem Mangel an Kleingeld sind entsprechende Fälligkeitserträge umgehend an die zuständige Reichsbankstelle oder die Landeshauptkasse in Dresden zu richten. (4771) 855 III St. Dresden, 5. Sept. 1921. Wirtschaftsministerium.

Staatliche Kraftwagenlinien.

Am 1. Oktober 1921 werden die staatl. Kraftwagenlinien Dippoldiswarde-Glaschütze und Dippoldiswarde-Flencenmühle in Betrieb genommen. Der Fahrpreis beträgt 50 Pf., die Gepäcktaxi 10 Pf. für 1 Tarifkilometer...

5341 als Sächsische Kraftwagenverwaltung.

Die bisher im Grundbuche nicht eingetragenen Beschlüsse Nr. 276 - Wirtschaftsbüro nach der Karte -, Nr. 279 - Kommunikationsweg nach Cöpen - und Nr. 281 - Kommunikationsstraße nach Fiedel -, wie solche unter Abtrennung der vorläufig mit Nr. 276 a bezw. 279 a und 281 a bezeichneten Teile gestaltet werden sind, soll nun zum Aktenakte 30/10, Blatt 800 des Dresden-Verkehrsgrundbuchs, hinzugeschlagen werden.

Alle diejenigen, die das Eigentum an diesen Grundstücken, eine Beschränkung des Eigentümers in der Verfügung über dieselben, ein Vorkaufsrecht oder ein nicht in einer Grunddienstbarkeit bestehendes Recht an diesen Grundstücken in Anspruch nehmen, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte binnen drei Monaten und spätestens bis zur Eintragung der Beschränkung des Grundbuchs gegen sich geltend zu machen.

5357 Amtsgericht Dresden-Kauz, Wdt. IX, als Lehnhof, am 23. August 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 4006, betr. die offene Handelsgesellschaft Julius Günther Glaschütze in Dresden: Die zwischen den Gesellschaftern Juliane Katharine Antonie verm. Halper geb. Günther und Carl Fritz Sebastian begründete offene Handelsgesellschaft hat nicht am 1. Januar 1919, sondern am 27. Juni 1919 begonnen.
2. auf Blatt 15062, betr. die Firma G. K. Anders & Co. in Dresden: Die dem Kaufmann Alfred Gerhard Alig erteilte Procura ist erloschen.
3. auf Blatt 16163, betr. die Firma Carl Emil Schübly in Dresden: Die Procura des Kaufmanns Carl Emil Schübly ist erloschen. 5353 Amtsgericht Dresden, Wdt. III, 23. September 1921.

Die im Grundbuche des vormaligen Königl. Stadtgerichts Dresden Blatt 1004 noch auf den Namen der Anna Clara Burkhart eingetragene ideale Hälfte des Grundstücks soll am 3. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothringer Straße 1, I, Zimmer 118, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das ganze Grundstück ist nach dem Grundbuche 2,6 Hektar groß und auf 96 966 M. geschätzt. Es besteht aus Wohngebäude mit Verkaufsläden, Niederlagerräumen sowie Hof und liegt in Dresden-Mitte, Jagdweg 2, Ecke Rosenstraße.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Zimmer 120. Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 1. Juni 1921 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verbleibenden Gegenstandes tritt. 5354 Amtsgericht Dresden, Wdt. III, 26. September 1921.

Das im Grundbuche des vormaligen Königl. Stadtgerichts Dresden Blatt 460 auf den Namen Hermann August Friedrich Tahnz eingetragene Grundstück soll am 26. November 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothringer Straße 1, I, Zimmer 118, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 13,3 Hektar groß und auf 194 600 M. geschätzt. Es besteht aus einem freistehenden Frontwohnhause, einem Fabrikgebäude mit zwei Schuppenanbauten, Wäschhaus mit Garagen- und Schuppenanbau, einem Hinterwohngebäude, Weichenshaus, Wäschhaus, Hof und Garten und liegt in Dresden, Rosenstraße 104.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Zimmer 120.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 13. Juli 1921 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verbleibenden Gegenstandes tritt. 5355 Amtsgericht Dresden, Wdt. III, 26. September 1921.

Das im Grundbuche des vormaligen Königl. Stadtgerichts Dresden Blatt 1968 auf den Namen August Oswald Brause eingetragene Grundstück soll am 30. November 1921, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothringer Straße 1, I, Zimmer 118, im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Grundbuche 1,7 Hektar groß und auf 63 500 M. geschätzt. Es besteht aus einem Wohngebäude mit Hofraum und liegt in Dresden-Mitte, Kleinstraße 13.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Zimmer 120.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 12. August 1921 veräußerten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verbleibenden Gegenstandes tritt. 5356 Amtsgericht Dresden, Wdt. III, 26. September 1921.

Auf Blatt 20406 des Handelsregisters ist heute die Firma H. B. Wolfram Leipzig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Brandenburger Str. 16b) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Juni 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und Verkauf von Ölen, Fetten und sonstigen Genußwaren, ferner von Dachfabriken, Eisenwaren aller Art und einschlägigen Erzeugnissen. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, wenn nur ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen, wenn aber mehrere ordentliche oder stellvertretende Geschäftsführer bestellt sind, durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch zwei stellvertretende Geschäftsführer, oder durch einen Geschäftsführer oder stellvertretenden Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. In

Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Heinrich Ernst Jungblut und Heinrich Walter Jungblut, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft allein vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 24. September 1921.

Auf Blatt 20411 des Handelsregisters ist heute die Firma Hochpatente Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Zöllnerstr., Rannhofer Str. 3), vorher in Dresden, eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Juni 1909 abgeschlossen und am 7. Mai 1921 neu gefaßt worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Vertretung der von den beiden Gesellschaftern als Einlagen in die Gesellschaft eingebrachten Rechte, Erfindungen und Patente durch Veräußerung und Erteilung von Lizenzen, sowie der Rechte und Erfindungen, welche die Gesellschaft noch erwerben soll. Es ist der letzteren auch gestattet, sich an anderen Gesellschaften im In- und Auslande zu beteiligen und Wertpapiere, Devisen usw. zu diesen Zwecken zu kaufen und zu verkaufen. Das Stammkapital beträgt zweihundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist zur Vertretung der Firma die Unterschrift zweier derselben erforderlich. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor Robert Hilgenberg in Leipzig. 5348 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 24. September 1921.

Eingetragen sind im Grundbuche 1. für Reiselwitz Blatt 25 Wdt. III unter 5 bis 7 am 4. 8. 1847 4 Thaler 6 Groschen 3 Pf. Gerichtskosten an Hofme betw. Schönsfeld, unter 9 am 10. 11. 1848;

2. für Christiane Friederike Bettermann, Johanne Wilhelmine Bettermann, Friedrich Ernst Bettermann und Auguste Amalie Bettermann je 5 Thaler väterliches Erbe, ferner für Johann Gottlob Bettermann 20 Thaler Termingelder jährlich mit 2 Thaler 15 Kreuzern, für dieselben und Anne Regine geb. Schönsfeld 10 Thaler Sterbtermin, 2. für Wendischheim Blatt 106 Wdt. III unter 1e und d am 13. 12. 1839 67 Thaler 25 Groschen im Biergebühren-Ruhe für Hofme Gläsel betw. Schlorke,

3. für Peterbors Blatt 45 Wdt. III unter 1b am 3. 11. 1866 37 Thaler 15 Groschen nebst 4% Zinsen für Johanne Christiane Soigt geb. Richter, unter 1e, d, e, g am 3. 11. 1866 je 22 Thaler 15 Kreuzern nebst 4% für Johann Karl Friedrich Eduard, Johann Friedrich Ernst, Johann Karl und Johann Christoph Soigt,

4. für Killewitz Blatt 8 Wdt. III unter 11 am 24. 4. 1871 75 Thaler für Hofme Marie Ludwig Johanne Hofme Jäger, zahlbar in halbjährlichen Terminen,

5. für Hühndorf Blatt 30 Wdt. III unter 1a am 13. 3. 1818 13 Thaler 14 Kreuzern 7 Pfennige Erbe für Carl Gottlieb Richter,

6. für Seilerdorf Blatt 23 Wdt. III unter 1a am 13. 10. 1849 5 Thaler 4 Groschen 2 Pfennige im Sterbtermin-Ruhe und unabehalten Kaufgeld zum Bestatnis Johann David Streckler, unter 1a am 21. 12. 1868 100 Thaler samt 4% Zinsen unabehalten Kaufgeld für Johann Friedrich Gottlob Krell.

Die Grundbesitzeramt, und zwar zu 1: Auguste Marie verm. Richter geb. Hofmann als Alleinerbin des eingetragenen Carl Robert Richter,

zu 2: Carl Richard Gannig in Wendischheim, zu 3: Bruno Rudolf Große in Killewitz, zu 4: Gustav Adolf Richter in Killewitz, zu 5: Heinrich Arthur Ansd in Seilerdorf, zu 6: Bruno Emil Richter in Seilerdorf, haben beantragt, die angebl. unbekanntbl. Gläubiger im Aufgebotsverfahren auszufällen.

Der Aufgebotstermin findet am 30. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte statt. Die Gläubiger oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in diesem Termine bei dem unterzeichneten Amtsgericht anzumelden, andernfalls sie mit ihren Rechten auszufällen werden. 5342 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20408 des Handelsregisters ist heute die Firma Tabakhaus Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Reichstr. 40) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Führung des Tabakhauses Zentrum in Leipzig, Reichstraße 40 und der Handel mit Tabakwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung im In- und Auslande unter der gleichen Firma oder anderen Firmen Zweigniederlassungen zu errichten, sowie sich an anderen Unternehmungen in jeder gesetzlich zulässigen Form zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Jeder Geschäftsführer ist für sich zeichnend zur Vertretung und Zeichnung der Gesellschaft berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Albert Herrel in Gengenbach, Hans Albert Walter in Leipzig und Kurt Robert Walter in Leipzig.

Hierüber wird noch folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen namens der Gesellschaft durch einen Geschäftsführer im Deutschen Reichsanzeiger. 5347 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20410 des Handelsregisters ist heute die Firma Nitro-Warenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens sind Handelsgeschäfte aller Art, insbesondere mit Lebens- und Genussmitteln. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Ferdinand Brandauer, Theodor Ferdinand Herwig, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem andern Geschäftsführer vertreten. Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die Gesellschaftlerin, Frau Anna vbl. Herwig geb. Andree in Leipzig, bringt in Anrechnung auf ihre Stammeinlage das in dem zu den Konstaten überreichten Rechenkonto aufgeführte Geschäftsbilanz in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Stammeinlage ist auf 15 000 M. festgesetzt worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 5346 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20409 des Handelsregisters ist heute die Firma Verkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung für Produkte deutscher Kriegsbeschädigter in Leipzig (Lindenau, Leipziger Str. 20) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. September 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist Betrieb und Herstellung von Produkten der chemischen Branche seitens deutscher Kriegsbeschädigter, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für dieselben und Beschäftigung derselben und Betrieb ähnlicher oder gleicher Unternehmungen, Beteiligung an solchen Unternehmungen und ähnliche Erwerbungen derselben. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Chemiker und Kaufmann Arthur Carl Schumma in Leipzig bestellt.

Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Firma erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 5345 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20412 des Handelsregisters ist heute die Firma Ernst Jungblut & Sohn Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Brühl 23) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. September 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Großhandel mit Getreide, Futtermitteln und Düngemitteln. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, (Kauf- oder ähnliche

Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen und deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Heinrich Ernst Jungblut und Heinrich Walter Jungblut, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft allein vertreten. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 24. September 1921.

Auf Blatt 20411 des Handelsregisters ist heute die Firma Hochpatente Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Zöllnerstr., Rannhofer Str. 3), vorher in Dresden, eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Juni 1909 abgeschlossen und am 7. Mai 1921 neu gefaßt worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Vertretung der von den beiden Gesellschaftern als Einlagen in die Gesellschaft eingebrachten Rechte, Erfindungen und Patente durch Veräußerung und Erteilung von Lizenzen, sowie der Rechte und Erfindungen, welche die Gesellschaft noch erwerben soll. Es ist der letzteren auch gestattet, sich an anderen Gesellschaften im In- und Auslande zu beteiligen und Wertpapiere, Devisen usw. zu diesen Zwecken zu kaufen und zu verkaufen. Das Stammkapital beträgt zweihundertfünfzigtausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist zur Vertretung der Firma die Unterschrift zweier derselben erforderlich. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Direktor Robert Hilgenberg in Leipzig. 5348 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 24. September 1921.

Eingetragen sind im Grundbuche 1. für Reiselwitz Blatt 25 Wdt. III unter 5 bis 7 am 4. 8. 1847 4 Thaler 6 Groschen 3 Pf. Gerichtskosten an Hofme betw. Schönsfeld, unter 9 am 10. 11. 1848;

2. für Christiane Friederike Bettermann, Johanne Wilhelmine Bettermann, Friedrich Ernst Bettermann und Auguste Amalie Bettermann je 5 Thaler väterliches Erbe, ferner für Johann Gottlob Bettermann 20 Thaler Termingelder jährlich mit 2 Thaler 15 Kreuzern, für dieselben und Anne Regine geb. Schönsfeld 10 Thaler Sterbtermin, 2. für Wendischheim Blatt 106 Wdt. III unter 1e und d am 13. 12. 1839 67 Thaler 25 Groschen im Biergebühren-Ruhe für Hofme Gläsel betw. Schlorke,

3. für Peterbors Blatt 45 Wdt. III unter 1b am 3. 11. 1866 37 Thaler 15 Groschen nebst 4% Zinsen für Johanne Christiane Soigt geb. Richter, unter 1e, d, e, g am 3. 11. 1866 je 22 Thaler 15 Kreuzern nebst 4% für Johann Karl Friedrich Eduard, Johann Friedrich Ernst, Johann Karl und Johann Christoph Soigt,

4. für Killewitz Blatt 8 Wdt. III unter 11 am 24. 4. 1871 75 Thaler für Hofme Marie Ludwig Johanne Hofme Jäger, zahlbar in halbjährlichen Terminen,

5. für Hühndorf Blatt 30 Wdt. III unter 1a am 13. 3. 1818 13 Thaler 14 Kreuzern 7 Pfennige Erbe für Carl Gottlieb Richter,

6. für Seilerdorf Blatt 23 Wdt. III unter 1a am 13. 10. 1849 5 Thaler 4 Groschen 2 Pfennige im Sterbtermin-Ruhe und unabehalten Kaufgeld zum Bestatnis Johann David Streckler, unter 1a am 21. 12. 1868 100 Thaler samt 4% Zinsen unabehalten Kaufgeld für Johann Friedrich Gottlob Krell.

Die Grundbesitzeramt, und zwar zu 1: Auguste Marie verm. Richter geb. Hofmann als Alleinerbin des eingetragenen Carl Robert Richter,

zu 2: Carl Richard Gannig in Wendischheim, zu 3: Bruno Rudolf Große in Killewitz, zu 4: Gustav Adolf Richter in Killewitz, zu 5: Heinrich Arthur Ansd in Seilerdorf, zu 6: Bruno Emil Richter in Seilerdorf, haben beantragt, die angebl. unbekanntbl. Gläubiger im Aufgebotsverfahren auszufällen.

Der Aufgebotstermin findet am 30. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte statt. Die Gläubiger oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in diesem Termine bei dem unterzeichneten Amtsgericht anzumelden, andernfalls sie mit ihren Rechten auszufällen werden. 5342 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20408 des Handelsregisters ist heute die Firma Tabakhaus Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Reichstr. 40) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Führung des Tabakhauses Zentrum in Leipzig, Reichstraße 40 und der Handel mit Tabakwaren. Die Gesellschaft ist berechtigt, auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung im In- und Auslande unter der gleichen Firma oder anderen Firmen Zweigniederlassungen zu errichten, sowie sich an anderen Unternehmungen in jeder gesetzlich zulässigen Form zu beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Jeder Geschäftsführer ist für sich zeichnend zur Vertretung und Zeichnung der Gesellschaft berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Albert Herrel in Gengenbach, Hans Albert Walter in Leipzig und Kurt Robert Walter in Leipzig.

Hierüber wird noch folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen namens der Gesellschaft durch einen Geschäftsführer im Deutschen Reichsanzeiger. 5347 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20410 des Handelsregisters ist heute die Firma Nitro-Warenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens sind Handelsgeschäfte aller Art, insbesondere mit Lebens- und Genussmitteln. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Ferdinand Brandauer, Theodor Ferdinand Herwig, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem andern Geschäftsführer vertreten. Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die Gesellschaftlerin, Frau Anna vbl. Herwig geb. Andree in Leipzig, bringt in Anrechnung auf ihre Stammeinlage das in dem zu den Konstaten überreichten Rechenkonto aufgeführte Geschäftsbilanz in die Gesellschaft ein. Der Wert dieser Stammeinlage ist auf 15 000 M. festgesetzt worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 5346 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20409 des Handelsregisters ist heute die Firma Verkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung für Produkte deutscher Kriegsbeschädigter in Leipzig (Lindenau, Leipziger Str. 20) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. September 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist Betrieb und Herstellung von Produkten der chemischen Branche seitens deutscher Kriegsbeschädigter, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für dieselben und Beschäftigung derselben und Betrieb ähnlicher oder gleicher Unternehmungen, Beteiligung an solchen Unternehmungen und ähnliche Erwerbungen derselben. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Chemiker und Kaufmann Arthur Carl Schumma in Leipzig bestellt.

Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Firma erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 5345 Amtsgericht Leipzig, Wdt. II B, 23. September 1921.

Auf Blatt 20412 des Handelsregisters ist heute die Firma Ernst Jungblut & Sohn Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Brühl 23) eingetragen und weiter folgendes veräußert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. September 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Großhandel mit Getreide, Futtermitteln und Düngemitteln. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, (Kauf- oder ähnliche

Sow den zur Rückzahlung für 30. September 1920 gelösten Leipziger Stadtschuldscheinen der 4% Anleihe vom Jahre 1908 sind rückständig: Lt. A zu 5000 M. Nr. 653, 662, 763, 2607. Lt. B zu 2000 M. Nr. 1014, 1186, 4104. 4543, 4796, 5759, 5911, 5914, 6327, 6567, 7009. 7191, 7853, 13224, 13561, 13664, 13810. Lt. C zu 1000 M. Nr. 345, 465, 632, 2228, 2236, 2285, 2960, 3087, 3472, 3723, 3930, 4811, 7283, 7694, 9168, 9634, 10211. Lt. D zu 500 M. Nr. 559, 890, 1348, 1623, 3373, 3947, 5487, 5515.

Die Tilgung der am 31. März 1922 zurückzahlenden 420 000 M. der 4% Leipziger Stadtschuldscheine vom Jahre 1908 geschieht durch Rückkauf. Leipzig, am 10. September 1921. 4935 Der Rat der Stadt Leipzig.

Anher erspotteter Anzeige zufolge sollen die Einlagebücher dieser Sparkasse Nr. 32288, auf Anna Pauline verm. Anst geb. Richter in Oberneuhörsberg lautend, abhanden gekommen sein. Wir fordern die einzelnen Besitzer dieser Bücher hiermit auf, ihre Ansprüche binnen 3 Monaten bei uns geltend zu machen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Anmeldung, so werden die Bücher für ungl. l. art. werden. 5351 O. L. Bern bau, 25. Sept. 1921. Der Stadtrat.

Sächsische Angelegenheiten.

Der sächsische Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1921.

(Mitteilung des Statistischen Landesamtes)

Durch Verfügung des Wirtschaftsausschusses vom 21. April 1920 ist das Statistische Landesamt mit der Durchführung einer Statistik des Fremdenverkehrs in denjenigen sächsischen Gemeinden, die ihre freiwillige Mitwirkung an der Statistik zugesagt hatten, beauftragt worden.

deutschen Bundesstaaten und 4234 aus dem Auslande.

Staatliche Kraftwagenlinien.

Die Sächsische staatliche Kraftwagenverwaltung eröffnet am 1. Oktober 1921 den Betrieb auf den Kraftwagenlinien Zwickau-Blasewitz-Glaschwitz und Zwickau-Blasewitz-Bienenmühle.

Die Fahrkarten für den Verkehr zwischen den Stationen der Schmalpurbahnen...

Die Fahrkarten für den Verkehr zwischen den Stationen der Schmalpurbahnen untereinander — ohne Gültigkeit auf Vollpurbahnen — gelten vom 1. Oktober 1921 an nur noch als Lösungstickets.

Volkswirtschaftliches.

Japans Wirtschaftsergebnis.

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans geht in den meisten Beziehungen mit jener der europäischen Staaten konform. Ebenso wie diese weiß auch Japan in seiner Handelsbilanz für das erste Halbjahr 1921 in Einfuhr und Ausfuhr ein Plus von etwa 50 Prozenz gegenüber dem Jahre 1920 aufzuweisen.

Handel nach Rückgang des Friedens herrschte, die sich seitdem sehr schnell vertiefte.

Für Japans Zukunft ist die Frage die brennendste: wie es seine während der Kriegsjahre gezüchtete Industrie aufrechterhalten und damit einen großen Teil der Bevölkerung ernähren kann?

Chemische Fabrik von Schöben, Aktiengesellschaft.

In der vorgestern abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, einer auf den 2. November einberufenen außerordentlichen Aktionärsversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 14 Mill. M. neue Stammaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922 vorzuschlagen.

Rudolfswerke, A.-G. in Freiberg i. Sa.

Die Verwaltung beabsichtigt, ein neues Halbstoffwerk mit einer Tagesproduktion von 50 000 kg Halbstoff zu errichten, um sich in erster Linie vor jeder Rohstoffbeschaffung unabhängig zu machen.

Berlin, 26. September. Unter Führung der Allgemeinen Handels-Schiffahrt Berlin...

Die sächsischen Motorlokomotiv-Werke A.-G. gegründet worden. Die Maschinenfabrik A. G. Gumbert & Co. in Rochitz bietet die Grundlage für die Errichtung der Aktiengesellschaft.

Berlin, 26. September. Porzellanfabrik Kautschuk Aktiengesellschaft...

Der auf den 8. November einberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine Erhöhung des Stammkapitals von 6 auf 9 Mill. M. vorzuschlagen.

Berlin, 26. September. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Vereinigten Königs- und Lautschütz...

Die Erleichterung der Förderung sei um 12, die verkaufte Menge um 17 % höher als im Vorjahr, obwohl die Holzpreise vom Mai und Juni die Ergebnisse sehr ungünstig beeinflussten.

17 % höher als im Vorjahr, obwohl die Holzpreise vom Mai und Juni die Ergebnisse sehr ungünstig beeinflussten. Die Holzpreise der Gärten vor um 1000 Köpfe geringer. Auf den Hölzen blieb der gleiche Preisstand bestehen...

Kursliste Berliner Börse vom 26. September.

Table with columns for stock names and prices. Includes entries like Deutsche Reichsbank, Dresdener Bank, and various industrial stocks.

Weiterbericht der Landesweiterwart zu Dresden.

Weitererlegnisse vom 27. September 7 Uhr früh.

Table with columns for station, arrival, and departure times. Lists stations like Dresden, Leipzig, and Chemnitz.

Dresdner Börse, 26. September 1921.

Deutsche Staatspapiere.

Table of German government securities including Reichsschatzscheine, Reichsbanknoten, and Reichsanleihen.

Städt. Anleihen.

Table of municipal bonds from various cities like Leipzig, Chemnitz, and Dresden.

Berliner Anleihen.

Table of Berlin municipal bonds.

2. Bors. Dep. Best XII

Table of stock and bond prices including various shares and bonds.

Transport-Aktien.

Table of transport company stocks.

Bank-Aktien.

Table of bank stocks including Reichsbank and other financial institutions.

Elektr., Kuhn., Jahrs.-W.

Table of utility and industrial stocks.

Papier- u. Phot. Akt.-W.

Table of paper and photography stocks.

Wahl- u. Metallind.-W.

Table of election and metal industry stocks.

Transport-Aktien.

Table of transport company stocks.

Bank-Aktien.

Table of bank stocks.

Elektr., Kuhn., Jahrs.-W.

Table of utility and industrial stocks.

Staaterei- u. Holzfabr.-W.

Table of state and wood industry stocks.

Porzell., Ton-, Glasf.-W.

Table of porcelain, pottery, and glass stocks.

Berliner Anleihen.

Table of Berlin municipal bonds.

Vertrieb. Industrie-Akt.

Table of distribution industry stocks.

Berliner Anleihen.

Table of Berlin municipal bonds.